

Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

8. Jahrgang.

Donnerstag, 9. Feber 1928.

Nr. 34.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Ersteht mit Ausnahme
des Montag täglich rüb

Botschaft an Alle!

Fast vier Jahrzehnte sind es — da ging durch die österreichische Arbeiterwelt eine große Botschaft. Angezweifelt zuerst, kaum geglaubt, dann sie dann um so tiefer in die Herzen, fand sie ihren Weg zu um so mehr Arbeitern, Freude und Glück spendend: die Botschaft des Gaihsfelder Parteitagcs, die Kunde von der Einigung des österreichischen Proletariats!

Nur die Aeltesten wissen noch zu erzählen von diesem großen Ereignis, von der gewaltigen Wirkung der Botschaft des Gaihsfelder Parteitagcs. Aber wenn sie davon erzählen — o, dann glänzen ihre Augen, dann beschleunigt ihre Stimme den Schlag ihrer Herzen, dann werden sie beseelt und sprachgewaltig und zwingen die Zuhörer in den Bann ihrer Worte. Denn ihre Erzählung wird zur Schilderung des Leidcs und der Erniedrigung der Arbeiter in der verhängnisvollen Zeit des wilden und erbitterten Ringens zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ und wird triumphierende Darstellung des Aufschwungcs der Bewegung des geeinigten Proletariats — wird ergreifendes Gemälde der Beglückung der Arbeiter durch die Stunde der Wiedererlöschung der streitenden Brüder und Lobgesang der Begeisterung und der Hingabe, des Eifers und der Opferbereitschaft, die in allen Sozialisten lebten, damals, als sie die Kunde von Gaihsfeld in alle Weiten trugen, zu allen Arbeitenden, für die geeinte Partei zu werden, ihr neue Befehle zuzuführen.

Vier Jahrzehnte fast sind seit dem Gaihsfelder Parteitag dahingegangen. Eine Generation von Genossen ist herangewachsen, die nur wenig von der Zeit des damaligen Bruderschwermers weiß, denen die Bedeutung jener Tagung fremd ist. Aber auch sie sind durch eine Zeit schimmernder Zerküftung der Arbeiterbewegung gegangen. Sie haben die Entfremdung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten miterlebt und die Vergiftung der Arbeiterbewegung durch den Bolschewismus. Auch in ihren Herzen war die Sehnsucht nach Verständigung aller Sozialisten lebendig, auch sie haben schwer gelitten unter der Zersplitterung der Arbeiterbewegung, haben dumpfe Qualen erduldet, wenn Genosse gegen den Genossen sich wandte. Und nun kommt auch zu ihnen eine Heilsbotschaft, wie zu den Arbeitern des alten Oesterreich in der Zeit vor Gaihsfeld: die Botschaft des Prager Kongresses!

Wieder geht ein Strom der Freude durch die Arbeiterwelt. Es gibt keinen sozialistischen Arbeiter, der nicht weiß, daß weder deutsche, noch tschechische Sozialdemokraten allein die Bürgerregierung niederringen können, daß weder das tschechische noch das deutsche Proletariat allein den Sozialismus zum Siege führen kann. So gibt es auch keinen Arbeiter, der nicht sehnd der Stunde der Verständigung zwischen tschechischen und deutschen Genossen geharrt hätte — so gibt es keinen, der nicht stolzer Freude voll wäre nun, da der Kongreß das große, verheißungsvolle Werk der Verständigung und Verbindung aller sozialdemokratischen Parteien begann.

Ja, es geht ein frohes, befreiendes Aufatmen durch die Arbeiterschaft! Selbst die Kühlen, die Reformisten, werden erfasst von der Größe des Geschehens. Auch die Indifferenten, die Unorganisierten, die Launen und Gleichgültigen horchen auf. Sammlung, Verbindung aller sozialdemokratischen Parteien — das ist Beginn des Wiederaufbaues der Arbeiterbewegung, das ist Selbstbestimmung des Proletariats, das ist Erwachen neuer Siegeszuversicht, neuen Kampfwillens, neuer sozialistischer Glaubhaftigkeit. Der Kongreß hat eine Fahne aufgespizt, zu der Hunderttausende hoffend aufschauen.

So laßt uns denn die Botschaft des Kongresses, das Manifest des Kongresses, gerichtet an das arbeitende Volk aller Nationen, dieses Manifest der Sammlung aller proletarischen Kräfte, dieses Manifest des Kampfes, dieses Manifest der Internationale in der Tschechoslowakei, hinaustragen zu allen denen, für die keine Worte der Mahnung, der Aufrüttelung,

der Verheißung bestimmt sind, zu allen Arbeitern und Arbeiterinnen dieses Landes! Gemeingut aller muß die Botschaft des Kongresses werden, in allen Herzen muß die Botschaft die dieses Manifest ausstrahlt, Feuer entfachen!

Wir werden das Manifest zu Hunderttausenden tragen, zu allen, die unserer Klasse angehören. Wir werden es an einem Tage zu unseren Brüdern und Schwestern tragen. Eine Armee von Vertrauensleuten, von arbeitsfrohen Männern und Frauen, wird am 19. Feber marschieren — in allen Städten und Dörfern des Landes. Kein Haus, keine Stube, kein in der Einde verlorenes Hättchen darf es geben, in das unser Manifest nicht eindringt! Unser Wille wird ihm den Weg bahnen zu allen deutschen Proletariern des Landes.

Aber wir werden uns nicht begnügen damit, unseren Brüdern und Schwestern das Manifest zu geben, nicht zufrieden sein damit, so ihre Sympathien zu gewinnen. Wir wollen die Menschen gewinnen, die gepackt und erschüttert werden von der Botschaft des Kongresses! Die Verbreitung des Manifestes muß begleitet werden von einer umfassenden Werbeaktion für die

Partei und ihre Presse. Wir können's nicht dulden, daß bürgerliche Zeitungen durch Schimpf und Hohn den neuerwachten Glauben der Arbeiter wieder zerstören. Wir dürfen's nicht dulden, daß das Feuer der Begeisterung, daß die Botschaft des Kongresses entzündet, wieder verlöscht und erstickt. Wir müssen die große Mahnung des Manifestes wahr machen: alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die längst schon eine Internationale des Leibes und der Not, aber auch der Sehnsucht sind, zu sammeln zur Internationale der Tat — und das ist nur möglich, wenn wir sie sammeln in der Partei und in dem Heere der Leser unserer Parteiblätter.

Nur dann wird die Verheißung des Kongresses wahr, wenn es uns und den tschechischen Genossen gelingt, die Kampfkraft der verbündeten Parteien zu stärken. Wer aber wollte nicht alle seine Kraft, alle Leidenschaft, alles Können aufbieten, um die Verheißungen des Kongresses erfüllt zu sehen? Wir alle, die wir an einer Wende stehen, an der schicksalhaften Wende des proletarischen Kampfes in diesem Lande, wir alle werden alles tun, damit die Botschaft des Kongresses Leben und Wirklichkeit werde!

Vor dem Streit.

Die Regierung über Belangen zum Eingreifen bereit. — Heute neue Verhandlungen in Brüx.

Prag, 8. Feber. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Sramek, hat heute den Genossen Abg. Taub zu sich gebeten und ihm folgende Mitteilung gemacht:

Die ablehnende Haltung der Majoritätsparteien gegenüber den von deutscher und tschechischer sozialdemokratischer Seite eingebrachten Anträgen, daß die Regierung eine Erklärung in Angelegenheit des Bergarbeiterstreiks abgeben solle, möge nicht so ausgefaßt werden, als ob die Regierung nicht gewillt wäre, in den Kampf der Bergarbeiter einzugreifen. Die bisherige Gefügigkeit sei die gewesen, daß die Regierung nur dann eingegriffen habe, wenn sie von beiden oder wenigstens von einem Streitparteie dazu aufgefordert wurde. Ein derartiges Verlangen sei bisher nicht gestellt worden.

Erst im Laufe des heutigen Tages haben die Vertreter der Bergwerksbesitzer sich bei der Regierung eingeschunden und ihr Eingreifen verlangt. Die Organisationen der Bergarbeiter haben heute in Teplitz eine Tagung abgehalten, über deren Verlauf die Regierung noch nichts bekannt ist. Es wurde der Regierung auch keine Mitteilung darüber gemacht, ob die Bergarbeiterorganisationen ein Eingreifen der Regierung wünschen. Die Regierung sei aber bereit, im gegebenen Fall einzugreifen, so daß es einer Auforderung überhaupt nicht bedürft hätte, da sich

die Regierung schon seit Ausbruch des Konfliktes mit der Frage beschäftigt.

Es bleibt nun abzuwarten, welche Taten der Regierung diesen Erklärungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten folgen werden.

Neue Verhandlungen.

Brüx, 8. Feber. (Eigenbericht.) Morgen, Donnerstag, den 9. Feber, finden hier zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und der Unternehmer weitere Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrag statt.

Die Grubenbesitzer bei Spina.

Prag, 8. Feber. (C. P.-B.) Heute Vormittag stellten sich beim Minister für öffentliche Arbeiten, Dr. Spina, Vertreter der Grubenbesitzer, und zwar die Direktoren Dr. Maschka, Löder, Gasser, Zach und Gebauer ein, um den Minister über den Stand der Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier zu informieren. Der Minister nahm die Informationen zur Kenntnis und versicherte die Vertreter, daß er den Verlauf der Verhandlungen verfolgte und über diese Intervention dem Ministerrat Bericht erstatten werde.

Beginn der Altpensionisten-Debatte.

Scharfer Protest gegen die Generalpensionen.

Prag, 8. Feber. Die Vorlage über den Schutz des Arbeitsmarktes wurde heute nach fortgesetzter längerer Debatte von der Mehrheit angenommen. Dann kam es zu stellerweise ziemlich scharfen Ausritten, als die Vorlage über die Erhöhung der Generalpensionen zugleich mit der Altpensionistenvorlage in Verhandlung gezogen wurde. Die Koalition hat die beiden Vorlagen absichtlich zugleich dem Hause präsentiert, weil sie den gegen die Generalpensionen zu erwartenden heftigen Widerstand am besten mit dem Hinweis auf die Altpensionisten zu parieren hofft, deren berechtigte Forderungen nicht noch länger hinausgeschoben werden dürfen. Die tschechischen Nationalsozialisten gaben sich den Anstreich der einzig wahren Legionärspartei und protestierten dagegen, daß man den Wörtern der tschechischen Legionäre im Jubiläumjahr der Republik die Pension erhöhen wolle. Auch der tschechische Genosse Brodek erklärte ganz entschieden, daß es nicht angehe, den Generalen des alten Oesterreich die ohnedies hohen Pensionen auszubessern, solange nicht die berechtigten Forderungen der großen Masse der Altpensionisten nach ausreichender Erhöhung ihrer Hungerbezüge erfüllt seien. Für unsere Fraktion wird morgen Genosse Grünzner das Wort ergreifen.

In den Regierungsräumen fand nachmittags

eine Sitzung der Smička statt, die sich mit dem Mieterschutz beschäftigte. Zu einer Einigung scheint es noch nicht gekommen zu sein; es sind wohl auch alle Pressemeldungen über den genannten Vorfall der Änderungen am Mieterschutzgesetz verfrüht.

Um 2 Uhr nachmittags setzte das Haus die Debatte über das Arbeitsschutzgesetz fort. Der deutsche Gewerdeparteiler Edert erklärte, daß man das Gesetz vom Standpunkt der Volkswirtschaft eigentlich ablehnen müßte, weil es zweifellos den internationalen Ausgleich und den technischen Fortschritt der Welt hemme und auch jede Möglichkeit der Fortbildung des Nachwuchses in Handel, Industrie und Gewerbe unterbinde. Nach dieser oppositionellen Einleitung fand Edert aber doch noch rechtzeitig genug die „guten“ Seiten der Vorlage heraus, die angeblich den Verbesserungsvorschlägen seiner Partei entsprangen, um mit der Erklärung schließen zu können, daß er für die Vorlage stimmen werde.

Tuěny (tsch. Nat.-Soz.) erklärt, daß sich seine Partei im Interesse der heimischen Arbeiterschaft offen zu dieser „sozialen“ Maßnahme bekenne und jeden Vorwurf ablehne, daß darin etwas Demagogisches und Reaktionäres liege. Woff

(Vole) erinnert an die unhaltbaren Zustände im polnischen Abstimmungsgebiet, wo viele Hunderte, die die Optionsfrist für die Tschechoslowakei veräunten, jetzt weder die tschechoslowakische, noch die polnische oder österreichische Staatsbürgerschaft erwerben können und infolge ihrer Staatenlosigkeit oft auf das schwerste geschädigt sind.

Nach dem Kommunisten Dr. Stern beschäftigte sich Genosse Dr. Dörer (tsch. Soz.-Dem.) mit der unhaltbaren Praxis, die das Innenministerium bei der Durchführung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft vom Jahre 1926 handhabt. Er stellte den Antrag, den § 2 der Vorlage dahin zu ergänzen, daß alle jene, die ein Gesuch um Erteilung der Staatsbürgerschaft nach der lex Dörer überreicht haben, nicht unter die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes fallen sollen. Seine Partei werde gegen das Gesetz stimmen, schon deshalb, weil es die Gemüter in der Slowakei und Karpathenland aufs neue beunruhige.

Die letzten Debatterer sind die Kommunisten Dr. Sati, Elstner und Schmerda. Dann reagiert der Referent Votruba auf die Debatte. Er bleibt bei seiner Behauptung, daß die Vorlage günstiger sei als ähnliche Maßnahmen in Nachbarländern und daß er nicht begreife, warum es zu irgendwelchen Repressalien kommen sollte.

Bei der folgenden Abstimmung kommt es vielfach zu Differenzen zwischen Opposition und Mehrheit. Nach Ablehnung der Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung, bzw. auf Abänderung der ganzen Vorlage nimmt die Mehrheit einschließlich der tschechischen Nationalsozialisten die Vorlage unverändert an.

Bevor die nun folgenden Gesetzentwürfe über die Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten und der Generale in Verhandlung gezogen werden, nimmt die Mehrheit den Antrag an, die beiden Vorlagen im abgekürzten Verfahren zu behandeln. Der Antrag der Frau Zemínová auf getrennte Abstimmung über beide Vorlagen wurde vorher abgelehnt, was den tschechischen Nationalsozialisten Anlaß zu lärmenden Protesten bot.

Die Koalition lehnt ferner die Anträge Taub, Tomásek und Buřivalab, welche ein Erpöce des Arbeitsministers über den Lohnkonflikt im Brüxer Revier gefordert hatten.

Der Vorsitzende beantragt auf Grund des Präsidialbeschlusses, die Debatte über das

Altpensionistengesetz und die Generalpensionen zu vereinen. Dagegen erheben Klein (tsch. Soz.-Dem.) und Frau Zemínová Einwendungen und verlangen getrennte Verhandlung. Unter scharfen Unwillensäußerungen der Opposition wird jedoch der Antrag des Präsidiums angenommen.

Der Referent des sozialpolitischen Ausschusses Navrátil beginnt nun unter ständigem Lärm sein Referat über die Altpensionistenvorlage. Zwischen den Nationalsozialisten und den Nationaldemokraten kommt es dabei zu einem lebhaften Geplänkel. Die Nationalsozialisten werfen namentlich dem nationaldemokratischen Legionärsabgeordneten Spáček vor, daß er für die altösterreichischen Generale gestimmt habe. Der Gewerdeparteiler Měch gerät in eine lebhafteste Diskussion mit einigen Nationalsozialisten und wird von Hlinka und anderen Slowaken von ihren Bänken aus durch Zurufe unterstützt. Für den Budgetausschuß referierte Roudničský, der ebenfalls unter ständigem Lärm sprechen muß.

Noch schlechter ergeht es dem Referenten des Wehrschusses über die Generalpensionen n. n. dem tschechischklerikalen Myslibec, der von den Nationalsozialisten und einigen Kommunisten mit Zwischenrufen geradezu überschüttet wird. Er stellt die bisherige Regelung der Pensionen der altösterreichischen Generale als Unrecht hin, das nun beseitigt werden solle. Das Gesetz sei im Jahre 1920 nur unter der Voraussetzung angenommen worden, daß eine analoge Vorlage auch auf die Zivilstaatsbeamten angewendet werden würde. Dazu sei es jedoch nicht gekommen. Der Lärm steigert sich, einige Kommunisten trommeln auf die Bänke und pfeifen.)

Abg. Kemeš: Kennen Sie den General

Mrázek, Herr Kollege? Myslibec: Ja, er hat mich selbst in den Schützengraben geschickt und doch bin ich für Gerechtigkeit. Myslibec führt dann noch an, daß die frühere Nationalversammlung einen diesbezüglichen Regierungsantrag unerledigt gelassen habe, weshalb die Regierung den Antrag neuerdings einbringe; durch seine Annahme werde dokumentiert werden, daß in unserem

Staate Recht und Gerechtigkeit herrsche. (Anbauer der Lärm, Pfeifen, Pistolenkonzert usw.) Auch der Referent des Budgetausschusses Bencl spricht unter anderem Lärm. Die Novelle betrifft 173 Generale und 183 Hinterbliebene; sie erfordert einen Mehraufwand von 1,8 Millionen Kronen.

Die Debatte wird von dem tschechischen Genossen Brodecky eröffnet. Der Lärm flaut erst während seiner Rede allmählich ab. Brodecky führt aus, daß die Vorlage den Altpensionisten sehr wenig bietet. Sie müßten um Gnade bitten und neun Jahre warten, um jetzt den Generalen und Priestern zu großen Pensionsbezügen zu verhelfen. Der Säbel und der Wehrwedel feiern neue Triumphe über das fortschrittliche hussitische Volk. Wenn es nicht möglich war, die berechtigten Forderungen der Altpensionisten zu erfüllen, dann sollte man um so weniger die Forderungen der Generale erfüllen, hinter denen weder Recht noch Gerechtigkeit stehen. Brodecky wendet sich dann den Verhältnissen der Eisenbahner-Altpensionisten zu und hebt deren große Zahl, 58.000 gegen durchschnittlich 22.000 Pensionisten in der Vorkriegszeit, hervor. Das habe das Restriktionsgesetz verursacht, daß über 30.000 arbeitsfähige Pensionisten den Arbeitsmarkt überschwemmen. Zum Schluß fordert er neuerdings auf, die Altpensionistenvorlage von den Generalpensionisten zu trennen.

Nachdem noch Holota (Ang. Nat. Part.) und der Kommunist Cermal sich scharf gegen die Generalpensionisten ausgesprochen hatten, wurde die Debatte unterbrochen und die Sitzung nach Erledigung einiger Immunitätsfälle nach 8 Uhr abends geschlossen.

Fortsetzung der Pensionisten-debatte morgen Donnerstag um 11 Uhr vormittags.

Nach dem Kongreß. Gemeinsame Sitzung der Präsidien der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Klubs.

Prag, 8. Febr. Heute fand unter dem Vorsitz des Genossen Tomasek eine Sitzung der Präsidien der beiden sozialdemokratischen Abgeordnetenkreise statt, in der die Möglichkeit des gemeinsamen parlamentarischen Vorgehens besprochen wurde. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, einen gemeinsamen sechs-köpfigen Ausschuss einzusetzen, dem die Aufgabe zufällt, alle Vorarbeiten für das gemeinsame Vorgehen zu treffen. In das Komitee wurden von deutscher Seite die Genossen Czoch, Pohl, Taub, von tschechischer Seite die Genossen Tomasek, Meißner und Štádník ernannt. Von beiden Seiten wurde mitgeteilt, daß sich die Senatsklubs mit einem analogen Vorgang beschäftigen werden.

Die Landes- und Bezirkswahlen.

Im Auftrage des Klubs der tschechoslowakischen Sozialdemokraten haben die Genossen Tomasek und Dr. Meißner beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten Sramel wegen der Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen interveniert. Minister Sramel teilte mit, daß die Entscheidung über den Termin noch nicht getroffen sei, doch ist der Auftrag an die Behörden ergangen, die für die Wahlen notwendigen Vorbereitungen zu treffen. — Aus dieser Auskunft des derzeitigen Regierungschefs ist zu ersehen, daß die Regierungsmehrheit die bei den Gemeindevahlen geübte Ueberfallstaktik

wiederum anzuwenden gedenkt. Die sozialdemokratischen Parteien sind aber gerüstet und werden dem Bürgerblock einen dicken Strich durch seine schlaue Rechnung machen.

Behrauschuß.

Prag, 8. Febr. Der Behrauschuß des Abgeordnetenhauses setzte heute in Anwesenheit des Ministers Udrzal die Debatte über die letzten Erklärungen des Ministers fort. Udrzal ging dann in längerer Rede auf die Ausführungen der Debatter ein. Zunächst nahm er den früheren Kommandanten des Flugwesens, General Cemel, in Schutz und stellte Aufklärungen über die staatliche Flugzeugfabrik in Letňan in Aussicht. Der Prdwald werde für die Zeit der Schließung im ganzen Umfang des Schießplatzes gesperrt sein. Wenn nicht geschossen wird, werde aber bis auf die eigentlichen Zielflächen im bisherigen Umfang der Offenheit zugänglich bleiben. In Trautenua sollen noch im heurigen Jahre Kasernen gebaut werden, die für zwei Roten des Grenzbataillons 2 aus Braunau bestimmt sind. Braunau wird dann keine Garnison mehr sein. Der Minister legte weiters einen detaillierten Bericht des Vorstandes des Sanitätswesens der 7. Infanteriedivision über die Massenerkrankungen in Jägerndorf vor; darin wird hervorgehoben, daß es sich um eine Infektionskrankheit und keineswegs um eine Vergiftung durch verdorbene Nahrungsmittel handelte. Trotzdem habe der Minister noch die bakteriologische und chemische Untersuchung angeordnet. Alle erkrankten Soldaten sind inzwischen wieder gesund. Schließlich gab der Minister verschiedene Aufklärungen über die Verhältnisse auf dem Prager Flugplatz, der neuer weiter ausgebaut werden soll.

In der Debatte beantragte David (tsch. Nat. Soz.) die Errichtung eines Subkomitees, das sich mit den aufgeworfenen Fragen bezüglich unseres Flugwesens beschäftigen soll, während Spáček (Nat. Dem.) die Einsetzung eines Subkomitees zur Überprüfung der Akten des Gajda-Prozesses verlangte. In der Begründung suchte er in demagogischer Weise der Opposition ein auszuweisen, indem er erklärte, er könne nicht begreifen, warum die Opposition nicht selbst die nähere Untersuchung der Gajda-Affäre verlange. Spáček mußte sich dann aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam machen lassen, daß ein derartiger Antrag schon längst vom Genossen Hoeger eingebracht worden sei. Die Entscheidung über alle diese Anträge wird erst in der nächsten Sitzung fallen.

Offen gegen den Achtstundentag.

Die „Landpost“ bekennet Farbe. Der Versuch des reaktionären Bürgerblocks, die sozialpolitischen Errungenschaften, welche sich die Arbeiter nach dem Kriege erworben haben, abzubauen, schreit vor gar nichts mehr zurück. Das Auftreten des englischen Delegierten in der Sitzung des Internationalen Arbeitsamtes, der namens seiner Regierung erklärte, England könne die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag nicht ratifizieren, gibt den deutschen Agrariern Gelegenheit, in ihrem Hauptblatt gegen den Achtstundentag loszugehen. Das Blatt schreibt in Bezug auf die erwähnte Sitzung folgendes:

„Somit bleibt nur eine Angleichung der Arbeitsbedingungen, vor allem der Arbeitszeit. Diese Forderung hat nun England offen und ehrlich geäußert, indem es einfach erklärte, das Washingtoner Abkommen sei in Einklang mit der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung getroffen worden und müsse daher auf Grund der seither

gesammelten Erfahrungen einer Revision unterzogen werden.“

Man sieht, wie unverschämte die Reaktion wird und wie insbesondere die Agrarier rücksichtslos und zähe darauf ausgehen, den Achtstundentag auch in der Tschechoslowakei abzubauen. Im übrigen ist das Vorgehen der Arbeitgeber lehrreich, die mit den Bergarbeitern angesichts des augenblicklichen Lohnkampfes im Prager Revier einen neuen Kollektivvertrag auf der Grundlage abschließen wollen, daß die achtstündige Arbeitszeit im Bergbau auf achteinhalb Stunden verlängert werde.

Daraus mag die Arbeiterschaft die ganze Größe der Gefahr ersehen, die diesem grundlegenden sozialpolitischen Fortschritt der Nachkriegszeit, dem Achtstundentag, droht. Es gilt nun alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um dem Uebermut der Bürgerkoalition Einhalt zu gebieten.

Der Senat wurde für Dienstag, den 14. Febr., um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung einberufen. Eine halbe Stunde vor dem Beginn der Plenarsitzung tritt die Obmannerkonferenz zusammen.

Der Budgetausschuß verhandelte Dienstag nach der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses den Gesetzentwurf über die Pupillarsicherheit der Schuldverschreibung der Stadt Troppau, der debattelos genehmigt wurde. Eine längere Debatte entspann sich zur Erhöhung der Generalpensionisten. Genosse Diell stellte namens unseres Klubs den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, ebenso die tschechischen Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten. Alle Anträge wurden jedoch abgelehnt und die Vorlage schließlich von der Mehrheit in der Fassung des Behrauschusses angenommen.

Liebenswürdige Koalitionsgenossen. Die Christlichsozialen und Landbündler, die sich in der Regierungslause so schön vertragen, führen schon seit Wochen einen recht erbaulichen Kampf in Versammlungen und Presse. Besonders in Südmähren geht es drunter und drüber. Der durch seine Jauchereden bekanntgewordene Abgeordnete Wagner hat die angenehme Aufgabe, die in Trümmern liegende Einigkeit der Landbündler zusammenzuflicken. Nun kommt zu den Altaden, die Haureich gegen den Landbündler reitet, noch, daß auch die Christlichsozialen den Landbündlern ganz kräftig zusehen. Alle Geschäftstricks werden aus Tageslicht gezerrt und die Brüner Kerisale „Tagespost“ und die südmährische Kerisale „Wochenpost“ bringen da ganz schöne Dinge zur Kenntnis der Leser. Vor kurzem brachte die „Tagespost“ einen Angriff auf den Obmann Frimel der Südmährer Lagerhausgenossenschaft und einige kräftige Beschimpfungen des Abg. Wagner. Das Blatt der Landbündler, der Brüner „Deutsche Landruf“ holt nun zu Gegenschlägen aus und wirft der „Tagespost“ vor, daß sie über den Krach der Znaimer Raiffeisenkasse, die in Auslieferung treten müßte, nicht berichtet habe. Auch weiß der „Deutsche Landruf“, daß viele Schriftleiter und Funktionäre der Christlichsozialen in dem Frischauer Herrschaftsschloß ein- und ausgehen und daß ihnen die Dürre der Schloßräume besser behagen als andere Dinge. Ein ganz lustiger Krieg also, den die beiden Regierungsparteien da führen und der hoffentlich von den Wählern für die er ja geführt wird, auch richtig verstanden wird. Denn bei all den Dingen kommt ja doch so manches Erbauliche an den Tag, das selbst die eingeäscherten Wähler begreifen werden.

Austritt der norwegischen Arbeiterregierung.

Oslo, 8. Febr. (Norwegisches Telegamm-bureau.) Das Storting hat heute abends den von Nowienkel eingebrachten Mißtrouensantrag gegen die Regierung mit 86 gegen 63 Stimmen angenommen. Ein Mitglied war abwesend. Dagegen stimmten die Arbeiterparteien sowie ein Mitglied der radikalen Volkspartei. Der Staatsminister erklärte, er werde demissionieren.

Gesamtdemission des jugoslawischen Kabinetts

Belgrad, 8. Febr. Im Anschluß an den heute mittag abgehaltenen Ministerrat begab sich Ministerpräsident Dukić in den Konak, um dem König die Demission der Gesamtregierung zu überreichen. Nachher teilte er den Journalisten mit, daß der König die Demission angenommen habe.

Der König betraute Stefan Radić mit der Bildung eines Koalitionskabinetts. Nach dem voranschließlichen Mißlingen der Mission Radić dürfte Pribećević mit der Bildung eines erweiterten Koalitionskabinetts betraut werden.

Wien und der Völkerverbund.

London, 8. Febr. Obwohl keine tatsächlichen Verhandlungen bezüglich der Verlegung des Sitzes des Völkerverbundes geführt werden, wurden dem „Daily Telegraph“ zufolge, doch die Hauptstädte der Staaten der Kleinen Entente sowie auch Paris, Rom und Berlin über ihre Ansicht befragt. Das Blatt bemerkt, Minister Dr. Stresemann habe sofort, als er Kenntnis davon erlangte, daß es sich um etwas Derartiges handele, die Wiener Regierung aufmerksam gemacht, daß Deutschland der Verlegung des Sitzes des Völkerverbundes von Genf nach Wien energischen Widerstand entgegenzusetzen würde.

Diese Meldung wird von Wien aus demontiert, soweit sie die offizielle Mitteilung Stresemanns betrifft. Aus den Pressestimmen aber geht auch so hervor, daß die Staaten der Kleinen Entente die Verlegung des Völkerverbundes nach Wien begrüßen würden, während Deutschland ihr ablehnend gegenübersteht. Die Verlegung des Völkerverbundes nach Wien würde nämlich die Neutralisierung Oesterreichs und ein dauerndes Aufschubverbot oder doch ein schweres Hindernis für alle Ausfuhrbestrebungen bedeuten. So sehr Wien als Stadt daran interessiert ist, Sitz des Völkerverbundes zu werden, so unangenehm müßte das österröische Volk eine weitere Einschränkung seines Selbstbestimmungsrechtes empfinden.

Blutige Kämpfe in Nicaragua.

New York, 8. Febr. Im Staate Guanajuato in Nicaragua kam es zu neuen Kämpfen zwischen aufständischen und Regierungstruppen, bei welchen 18 nicaraguanische Aufständische getötet wurden. Auch an anderen Stellen vertrieben Regierungstruppen die Aufständischen, wobei sie namentlich Aeroplane verwendeten.

8 Jhnlus.

Der Roman eines Revolutions-Abenteurers von Mezej Tolkolj.

„Man sagt nicht: Wikjel, sondern Wikjedor, und außerdem sind die nicht für, sondern gegen uns! Sie verwirren nur die Leute!“ rief ein Baj aus der Ecke. „Meine Herrschaften“, überschrie Tschelowskij die anderen, „ich bitte über die Frage zur Abstimmung zu schreiben, ob Damen, die Panikstimmung hervorrufen, entsemt werden sollen.“

Schließlich wurde man einig: pro Kopf wurde ein Rubel eingekammelt und das Geld dem Portier übergeben, damit er im Falle eines Ueberfalles das Haus bis aufs äußerste verteidige. Erst in tiefer Nacht wurde das Haus ruhig.

Am folgenden Tage wollte Semjon Iwanowitsch zu sich nach Hause auf die Twerfaja gehen. Aber beim Haus-erhielten ihn zwei unausgesehlafene Damen und ein alter Herr mit zwei doppeläufigen Gewehren zurück: „Wenn Ihnen Ihr Leben noch etwas wert ist, raten wir Ihnen ab, hinauszugehen!“

Und so blieb nichts anderes übrig als sich im Zimmer Alla Grigorjewnas zu lagern. Der Graf legte sich ans Fenster. Auf der Straße fuhr im kalten Nebel ein Lastauto mit bewaffneten Leuten vorbei. Sie und da hörte man Kanonenschüsse. Und jedesmal flogen große Schwärme von Krähen auf. Njedorow wählte sich im gewählten Bett, bis zur Nase zugedeckt.

Auch die Pjareten begannen auszugehen. Der Ofen war umgekehrt.

„Sie haben die Hälfte meines Geldes ver-fressen! Abrewegen habe ich meinen ganzen Naliamus verloren. So einem Balg verzeihen Sie, bin ich wahrhaftig zum ersten Male in meinem Leben begegnet!“ sagte der Graf zu Alla Grigorjewna.

gorjewna. Faul, aber in beleidigtem Ton antwortete diese. So beschimpften sie einander den ganzen Tag.

Nach sechs Uhr abends ertönte die Alarmglocke. Alles eilte auf Gänge und Treppen, die Treppen hallen von den auf- und abeilenden Schritten. Von dem untersten Treppenabstiege schrie man: „Licht auslösch!“ Die Artillerie beschieß uns von den Worobowij-Bergen!“

Das Licht wurde ausgelöscht. Da und dort flammten kleine Kerzen auf. Man sprach im Flüster. Tschelowskij ging treppauf, treppab und hielt sich den Kopf. Noch spät nach Mitternacht konnte man Damen beobachten, die in Pelze oder Umhängenücher geküßt an den Treppengeländern lehnten. Alla Grigorjewna setzte sich auf einen Treppenabstiege neben eine Kerze und las gähmend ein zerkrümeltes Buch.

Mitternachts kam man, um dem Grafen Njedorow vorzuschlagen, im Hof Dienst zu tun. Mit ihm gleichzeitig war ein Zahnarzt hierzu ausersenden der einen Offizierskavalpelz trug. Kaum waren sie auf den vereisten Hof gekommen, der vom Lichtschein der entfachten Brände hell erleuchtet war, als der Arzt sein Gesicht mit den Händen bedeckte und sein Gewehr fallen ließ. Er versuchte dies damit zu erklären, daß er furchtbare Angst vor den Raketen habe, die in Massen zwischen dem aufgeschichteten Holz herumtschlichen.

Es war eine geräuschvolle Nacht. In der Ferne leuchtete inmitten der Unrisse der Dächer ein großes, einfaches Fenster. Gelächter durchpflanzte die Luft. Der Zahnarzt flüsterte unter dem Toreingang: „Sagen Sie, Graf, halten Sie in so einem normalen Lande überhaupt ein normales Leben für möglich?“

Nach den zwei Stunden seines Dienstes war Semjon Iwanowitsch total durchgefroren und war froh, als er sich unter die warme Decke legen konnte. Er schloß mit Alla Grigorjewna Frieden. Der kommende Tag begann mit einer derartigen Kanonade, daß die Fenster bebten. Man hätte

denken können, ganz Moskau wäre schon bis zur Höhe der Dächer mit Leichen besät. Es war klar, daß man auf der Straße keinen Spaß mehr verstand.

Alla Grigorjewna, verblich, kochte im nachlässig übergeworfenen Schlafrock auf der Spiritusmaschine Re's. Njedorow verlegte die Fenster mit Büchern und Polstern. Die Telephone arbeiteten nicht mehr. Das Gaslicht brannte schlecht. In die Fenster der oben gelegenen Stockwerke schlugen die Kugeln ein. Gegen Mittag begann die Alarmglocke zu läuten, und es entstand ein wilder Wirbel. Es stellte sich heraus, daß vor dem Tor ein Soldat lag, dem man erschossen hatte, um dem Gesicht gegen den Boden. Auf den Treppengeländern saßen die Damen und schluchzten. Die Versammlung der Hausbewohner wurde einberufen, um über die Frage der Wegkaffung der Leiche zu beraten. Aber man konnte zu keinem festen Entschluß gelangen. Uner anderem wurde auch erzählt, das Dienstpersonal hätte heimlich untereinander bereits die Aufteilung der einzelnen Wohnungen beschlossen, auch dem Portier wäre nicht mehr so recht zu trauen. Die Kanonen donnerten unerwehrt, Gewehrsalven knatterten. Ein Panzerauto saulte vorüber, und die Straße erzitterte unter seiner Last. Schrapnelle trommelten auf dem Dach. So verging ein weiterer Tag.

Alla Grigorjewna, den Kopf in ein flaumiges Tuch gehüllt, weinte die ganze Nacht hindurch. Semjon Iwanowitsch erhob sich schlaftrunken: „Was ist Ihnen denn, schlafen Sie doch!“ — Und er schloß sofort wieder ein. In diesen Tagen keimte in ihm ein heißender Zorn. Scheinbar war er in seiner inneren Entwicklung eine Stufe höher gestiegen.

Frühmorgens kleidete sich Alla Grigorjewna an, nahm weber Puder noch Schminke, legte in die Handtasche ein wenig Geld und verließ das Zimmer. Der Graf hielt sie fest: „Wohin, sind Sie verrückt geworden, Alla Grigorjewna?“ „Das ist meine Sache. Ich verachte Sie,

Semjon Iwanowitsch! Schweigen Sie lieber! Adieu!“

Sie ging fort. Man erzählte, Tschelowskij habe sie ebenfalls nicht zugelassen wollen und versucht, sie mit Gewalt zurückzuhalten. Alla Grigorjewna aber habe gesagt: „Ich gehe zu meiner Tante hinter dem Moskausee.“ Mit diesen Worten sei sie durch den rückwärtigen Ausgang fortgegangen.

Hinter der Tür fragte eine heitere, ein wenig heitere Stimme: „Ist Allotscha zu Hause?“

Ein gutgewachsener Mensch in schmutzigem Halbpelz trat ein, zog seine Pelzmütze vom Kopf, der Schädel war ganz kahl, das Gesicht glatt rasiert, verwitweter, großer Nase. Mit seinen glänzenden, tiefliegenden Augen musterte er das Zimmer. Njedorow erhob sich vom Diwan und erklärte, Alla Grigorjewna sei vor zwei Stunden zu ihrer Tante gegangen, die hinter dem Moskausee wohne.

„Teu'el! Das ist schade, man wird das Mädchen unterwegs weglegen“, sagte der heitere Mensch und knöpfte seinen Schafspelz auf. „Nun, so wollen wir Bekanntschaft schließen: Njedorow, er reichte Njedorow seine Hand, an der ein Karfunkel glänzte. „Schöne Zeiten jetzt in Moskau, nicht wahr? Ich komme eben vom Kaukasus, zwei Wochen hat es gedauert, bis es mir gelang, bis hierher durchzukommen. Ich bin total leergebrannt, habe beim Spiel alles durchgebracht, so daß ich zu'ekt durchbrechen mußte. Aber — schade, das Allotscha nicht hier ist. Ich bin ihr alter Freund. Seit früh bin ich unterwegs hierher, vom Bahnhof weg bin von einem Hausstor ins andere gelaufen, trotzdem habe ich ein paar Böcher in meinen Halbpelz bekommen. Ich wollte mich schließlich unter Allotschas Pittiche retten. Nun, da kann man nichts machen. trinken wir also ohne die Hausfrau... Freffen wollen Sie ja gewiß auch?“

(Fortsetzung folgt.)

Das Wahlgericht festigt den Bürgerblock

Mayer und Hanreich der Mandate verlustig. — Der Wahlgerichtshof stößt seine bisherige Praxis um. — Die reaktionäre Mehrheit von Gerichtswegen um zwei Stimmen gestärkt!

Das Prinzip des Verhältniswahlrechtes fordert eine straffere Handhabung der Parteidisziplin als das frühere Wahlsystem. Wurden ehemals einzelne Männer gewählt und von ihnen Wählern unmittelbar mit der Vertretung eines gewissen Programms betraut und war die parteimäßige Bindung der Kandidaten mehr oder minder ihre Privatangelegenheit, so bedeutet die Verhältniswahl mit gebundenen Listen die Abstimmung über Parteiprogramme und Parteiforderungen; die Person des Gewählten tritt in den Hintergrund. Es muß angenommen werden, daß der Wähler nicht den Herrn X oder Y, sondern eine bestimmte Partei, die mit einem klar formulierten Programm aufzutreten ist, wählen wollte, und das Gezielte muß dafür Sorge tragen, daß dem Wähler sein Recht werde, daß nicht die Laune oder der persönliche Streifzug eines Abgeordneten die Partei schwäche und an der Durchsetzung ihrer Forderungen hindere. Das Mandat wird der privaten Verfügung des Mandatars entzogen, er besitzt es eigentlich aus zweiter Hand, besitzt es vor allem als Vertreter einer Partei und nicht als Privatperson. Es ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, daß unser Wahlgesetz den Entzug des Mandates für Renegaten vorsieht.

Wie steht aber der Fall der Abgeordneten Mayer und Hanreich? Sind sie dem Programm ihrer Partei aus Eignung, aus Laune, aus persönlicher Geschäftigkeit gegen Landbündelführer untreu geworden? Haben sie die Versprechungen gebrochen, die sie als Kandidaten des B. d. L. den Wählern 1925 gaben? Sind sie Verräter an den Prinzipien der Partei und an den Interessen der Wähler oder sind die Verräter nicht anderswo zu suchen?!

Mayer ist einer der ältesten agrarischen Führer im bürgerlichen Substanzdeutschum; er spielte schon vor dem Kriege eine Rolle in der Agrarpartei, war in Westböhmen ihre stärkste Persönlichkeit (womit über seine politischen Fähigkeiten nichts gesagt werden soll) und repräsentiert die deutsche Bauernschaft immerhin mit mehr Recht als etwa der Herr Professor Spina. Hanreich hat den „B. d. L.“ in Mähren organisiert, ihm städtische Wähler zugeführt und für seine Partei etliche Male bei entscheidenden Fragen das Wort geführt. Die beiden Abgeordneten stimmten mit der nationalen Politik des Bauernbundes nicht überein. Sie sahen mit Besorgnis, wie sich eine Clique neuer, struppeliger Führer des Parteiruders bemächtigte und in der Regierungspolitik um jeden Preis die Aufgabe der Agrarpartei erblickte. Man hinderte Mayer und Hanreich systematisch, sich in der Partei Gehör zu verschaffen. Man berief drei Jahre keinen Parteitag ein, obwohl die Partei in dieser Zeit folgenschwere Entscheidungen traf. Man befragte die Parteimitgliedschaft weder, als man in die Regierung eintrat, ob sie den Schritt billige, noch später, ob sie mit der Politik der Partei in der Regierung einverstanden sei. In die Parteiführung teilten sich Windisch, Spina, Zierhut u. Jannausch, deren Führerschaft Mayer und Hanreich wohl nicht mit Unrecht weniger als das Ergebnis ihrer verdienstvollen Tätigkeit, denn als geschicktes Karrieremachen ansehen. Man berief keine Klubtagungen ein, ließ den gemeinsamen Klub mit Ungarn und Gewerkeparteilern überhaupt nicht zusammentreten, brach Vereinbarungen und verlangte von den Parlamentariern im letzten Augenblick vor der Abstimmung, für Gesetze einzutreten, die sie nicht kannten.

Die große Kampagne gegen die Verwaltungsreform, die vor nunmehr einem Jahre von der Sozialdemokratie geführt wurde, hatte die Gewissen aufgerüttelt, die Massen des kleinen Landvolkes nicht minder als die der Städte auf die schweren Gefahren, die der Demokratie und den nationalen Minderheiten drohten, aufmerksam gemacht. Es gährte in den Reihen der Agrarier. Mayer und Hanreich glaubten die Stunde für ein energisches Vorgehen gekommen. Die Parteivertretung des Bundes der Landwirte fürchtete die Opposition der Wählerschaft, sie beschloß, der Verwaltungsreform nur unter bestimmten, genau punktierten Voraussetzungen zuzustimmen. Svelba erfüllte die Forderungen der Agrarier nicht. Ohne daß einer ihrer acht Punkte Beachtung gefunden hätte, wurde die zweite Vorlage ins Parlament gebracht. Der Klub, in den Händen Spinass, Zierhuts und Windirschs, die entschlossenen waren, nicht die Rechte der deutschen Bauern, sondern den Minister Spina bis zum äußersten zu verteidigen, in beiden Lesungen für die Verwaltungsreform zu stimmen. Mayer und Hanreich stimmten im Sinne des Beschlusses der Reichsvertretung des B. d. L., entgegen dem Klubbeschluss, gegen die Verwaltungsreform.

Es wäre also auch juristisch strittig und hätte einen weniger fix arbeitenden Gerichtshof schon beschäftigen können, ob der Beschluss der Parteivertretung, wenn man den Parteien schon „Autonomie und Souveränität“ zugestimmt, verbindlich ist oder der entgegengelegte Klubbeschluss. Das Wahlgericht hat sich darüber nicht die Köpfe zerbrochen. Ihm genügte die Verletzung der Klubdisziplin zu einem Schuldspruch.

Vor allem aber wird man nicht in Zweifel darüber sein, daß Mayer und Hanreich moralisch in Rechte waren. Sie haben einer Clique weniger „neuer“ Führer gegenüber die Wahlparolen von 1925 verteidigt; sie haben

wenigstens einen Teil der Interessen der Wähler gegen die Ministerpolitik der Spina, Zierhut und Windirsch verteidigt; sie forderten der Diktatur Jannauschs gegenüber den Appell an den Parteitag. Sie hielten sich an den Beschluss der Reichsverteilerung, den der Klub übergab. Sie verlegten die Klubdisziplin, weil sie die Parteidisziplin hielten, sie wurden Renegaten, weil sie sich an die früher verkündeten Grundzüge der Partei hielten.

Aber der Abfall zweier Abgeordneter von der ohnehin schwachen Mehrheit, dem der Abfall der Ungarn und des Zippers folgte, schwächte die Mehrheit des Bürgerblocks in empfindlicher Weise. Acht Mann über Bord — das bedeutete die Reduzierung der Mehrheit auf 155 von 200 Mandaten. Gegen diese Sezession mußte etwas unternommen werden. So riefte Herr Jannausch mit der Klage an und schämte sich nicht, die beiden Abgeordneten, die es gewagt hatten, an die Interessen der Wähler zu denken, wegen „niedriger und unehrenhafter“ Motive zu verurteilen.

Die Gemeindevahlen bewiesen, daß die Mehrheit Svelbas längst keine Basis mehr im Volke hat, daß die 155 Sitze nicht mehr dem Stimmenverhältnis entsprechen; der Schritt Mayers und Hanreichs wurde durch den Abfall breiter Wählerschichten von den Regierungsparteien moralisch gerechtfertigt. All das war für den politischen Gerichtshof, der über die beiden abtrünnigen Landbündler zu Gericht saß, nicht beachtet worden. Er fällt sein Urteil nach langen formalen Debatten ohne Aufhebung der Motive und des hier umgekehrten Verhältnisses von Bewahrern und Verlehrern der Parteigrundsätze. Eine neue Interpretierung des Gesetzes mußte herhalten, um Svelba zwei Mandate zu sichern, um die Mehrheit, die längst keine mehr ist, auf 157 Marionetten zu erhöhen.

Diese Schlacht um die zwei Mandate hätten Svelba und sein getreuer Knecht Jannausch gewonnen, wie es nicht anders zu erwarten war; scheinbar sind eine fragwürdige Mehrheit und ein Ministerjessell gefestigt worden. Der Rache der Parteidiktatoren, der Stalins des „B. d. L.“, wird die Abrechnung der Wähler mit der Partei folgen. Die moralischen Folgen der Sezession Mayers und Hanreichs, die den ganzen Verrat des Aktivismus bloßstellte, werden sichtbar werden, wenn die Affäre Mayer-Hanreich selbst nur noch eine Episode sein wird.

Die Verhandlung vor dem Wahlgericht.

Am 6., 7. und 8. Febr. wurde vor dem Wahlgericht die Verhandlung über die Klage des Bundes der Landwirte gegen die Abgeordneten Mayer und Dr. Hanreich auf Aberkennung ihrer Mandate durchgeführt. Als Klagepartei traten die politischen Parteien Bund der Landwirte, Deutsche Gewerkepartei, Deutsche in der Slowakei und Ungarische Nationalpartei auf, welche bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 15. November 1925 eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt hatten. Auf dieser gemeinsamen Kandidatenliste war im siebensten Wahlkreis Josef Mayer und im elften Wahlkreis Dr. Georg Hanreich aufgestellt und auch gewählt worden. Diese politische Partei, beziehungsweise Wahlpartei, vertreten durch den Vertreter des Zentralvollzugsausschusses Josef Jannausch, politischer Sekretär des Bundes der Landwirte in Böhmisches Leipa, brachte nun am 10. Oktober 1927 beim Wahlgericht zwei Anträge ein, in welchen sie die Aberkennung der Mandate der beiden Abgeordneten Josef Mayer und Dr. Georg Hanreich gemäß § 136 des Gesetzes über das Wahlgericht verlangte. Die Klage stütze sich einerseits auf das Wahlüberkommen zwischen den vier Parteien, welche die gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt hatten, gemäß welchem Übereinkommen sich jede der vier Parteien ihre Selbständigkeit gewahrt und die Verfügung über die ihr zugefallenen Mandate vorbehalten hatte, ferner auf die von den beiden Abgeordneten angeführten Reversse vom 19. beziehungsweise 14. September 1925, in welchen sie sich verpflichtet hatten, ihre Mandate niederzulegen, wenn sie eine der im Reversse angeführten Verpflichtungen verletzten sollten. Die Klage behauptet nun, daß die beiden Abgeordneten die im Reversse übernommene Verpflichtung, sich den Beschlüssen der berufenen Organe der Partei und des parlamentarischen Klubs zu unterwerfen, dadurch verletzt haben, daß sie entgegen dem am 1. Juli 1927 gefaßten Beschluss des parlamentarischen Klubs des Bundes der Landwirte, bei beiden Lesungen für die Verwaltungsreform zu stimmen, bei der Abstimmung am gleichen Tage gegen die Vorlage über die Verwaltungsreform gestimmt haben. Infolge dieser Verletzung der Klubdisziplin wurden beide Abgeordnete bereits am 7. Juli 1927 aus dem parlamentarischen Klub des Bundes der Landwirte ausgeschlossen und gleichzeitig wurde vom Klub beschlossen, beim Vollzugsausschuss der Partei zu beantragen, die notwendigen Schritte zur Aberkennung der Mandate der beiden Abgeordneten und zu ihrer Ausschließung aus der Partei einzuleiten. Hieron wurden beide Abgeordnete am 8. Juli 1927 verständigt.

Da jedoch nach den geltenden Satzungen des Bundes der Landwirte der Ausschluß nur von

einem ordentlichen Parteitag beschlossen werden konnte, wurde vorerst auf einem außerordentlichen Reichsparteitag des Bundes der Landwirte die notwendige Aenderung der Satzungen, insbesondere des maßgebenden § 18 beschlossen und auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen, den Ausschluß beider Abgeordneten aus der Partei durch die Reichsparteivertretung beschließen zu lassen, welche diesen Ausschluß auch prompt vollzog und gleichzeitig der Reichsparteileitung den Antrag erteilte, die Klage auf Aberkennung der Mandate beim Wahlgericht einzureichen.

Gegen die Klage brachten beide Abgeordneten ihre Einwendungen in deutscher Sprache ein, welche vom Wahlgericht jedoch nicht angenommen wurden, weil sie nicht in der Staatsprache verfaßt waren. Das Wahlgericht stellte sich in dieser Vorentscheidung auf den Standpunkt, daß es sich nicht um eine Sache handle, in welcher die Entscheidung des Wahlgerichtes nur auf die Bezirke der beiden Abgeordneten Bezug habe, sondern auf das ganze Staatsgebiet, weil die Mandate in Prag ausgestellt werden und verweigerte infolgedessen den beiden Abgeordneten das Recht, Einwendungen in deutscher Sprache einzubringen. In dem vom Wahlgericht vor der Verhandlung durchgeführten Beweisverfahren wurde eine Reihe von Zeugen und zwar die Abgeordneten Franz Heller und Franz Sobina, sowie der Sekretär Josef Jannausch vom Bund der Landwirte, ferner Abgeordnete Wolfgang Zierhut einberufen, weiters der Abgeordnete Andor Mitich, ferner Johann Strobl von der Partei der Zipser Deutschen, ferner der Abgeordnete Szent-Jvanyi und der Senator Dr. Török von der ungarischen Nationalpartei, deren Sekretär Dr. Tomorn, und der Abgeordnete Stenzl von der deutschen Gewerkepartei.

Keiner dieser Zeugen hat jedoch bezeugt, daß ein gemeinsamer Vollzugsausschuss der Wahlpartei bestellt wurde oder daß dem Sekretär Josef Jannausch von allen vier Parteien die Vollmacht erteilt wurde.

Aus den Aussagen der Zeugen ergab sich nur der Inhalt des übrigens schriftlich vorliegenden Wahlüberkommens und nur der Sekretär Jannausch behauptete, daß ihm die Vollmacht gewissermaßen stillschweigend erteilt wurde. Die ungarische Nationalpartei und die Partei der Deutschen in der Slowakei protestierten sogar gegen den gestellten Antrag auf Aberkennung der Mandate der Abgeordneten Mayer und Dr. Hanreich. Das Wahlgericht beschränkte die Verhandlung vorerst auf die Frage der Legitimation und der Rechtsverbindlichkeit des Reversses, da beide Abgeordnete einerseits die Legitimation des Josef Jannausch bestritten und andererseits behaupteten, daß die im Reversse enthaltene Verpflichtung sich nur auf den Punkt 6 des Reversses beziehe, nämlich Ausnahme eines Mandates in den führenden wirtschaftlichen Körperschaften ohne Zustimmung der Partei des Bundes der Landwirte. Der Bund der Landwirte war durch Dr. Gläzner, Advokaten in Leitmeritz und Dr. Slaby, Advokaten in Prag, den langjährigen Vertreter der tschechischen Agrarpartei, die beiden Abgeordneten Mayer und Dr. Hanreich durch die Advokaten Dr. Dembichy und Dr. Dobihal vertreten. Am zweiten Verhandlungstag begründete dann noch der Senator Dr. Török den Standpunkt der ungarischen Nationalpartei, welche sich gegen den Antrag auf Aberkennung der Mandate aussprach. Die Entscheidung des Wahlgerichtes wurde am Mittwoch, den 8. Febr. um ein Uhr mittags verkündet. Sie lautete dahin, daß die Abgeordneten Mayer und Dr. Hanreich ihre Mandate verlustig erklärt werden und wurde folgendermaßen begründet: Das Wahlgericht hat die Legitimation des Bundes der Landwirte und die beziehungsweise des Josef Jannausch, welcher bei der Verhandlung die ihn von der Reichsparteileitung des Bundes der Landwirte ausgestellte Vollmacht vorgelegt hatte, anerkannt und

sich entgegen seiner in allen früheren Entscheidungen ausgesprochenen Rechtsansicht auf den Standpunkt gestellt, daß die Trägerin des Anspruchs auf Aberkennung des Mandates gemäß § 13 des Gesetzes über das Wahlgericht zwar die Wahlpartei sei, daß jedoch, wenn ein gemeinsamer Vollzugsausschuss nicht gebildet wurde, und auch die Vollzugsausschüsse der einzelnen in der Wahlpartei vereinigten, organisierten politischen Parteien nicht einschreiten, diejenige politische Partei zum Einschreiten gemäß § 13 des Gesetzes über das Wahlgericht berechtigt und legitimiert sei, um deren Angehörigen es sich handelt.

Da die Zustimmung zur Klage auf Aberkennung der Mandate von der ungarischen Nationalpartei und der Partei der Deutschen in der Slowakei für den Bund der Landwirte nicht zu erlangen war und da auch die Deutsche Gewerkepartei erklärt hatte, in dieser Sache desinteressiert zu sein, so hätte das Wahlgericht nach seiner bisherigen Praxis die Klage abweisen müssen, weil sie eigentlich nur vom Bund der Landwirte vertreten wurde. Die Aberkennung der Mandate war also nur möglich, indem das Wahlgericht zwar akademisch die Wahlpartei als Trägerin des Anspruchs auf Aberkennung der Mandate bezeichnete, als Trägerin des prozeduralen Rechtes jedoch diejenige politische Partei erklärte, um deren Angehörige es sich handelt, im vorliegenden Falle also die Partei des Bundes der Landwirte. Das Wahlgericht erklärte weiter, daß es die Einwendungen der beiden Abgeordneten, ihr Ausschluß aus der Partei sei sachungswidrig, beziehungsweise auf Grund neuer Satzungen erfolgt, welche sachungswidrig beschlossen wurden, nicht eingehen könne, weil die politischen Parteien in Bezug auf ihre Satzungen vollkommen autonom und souverän seien und das Wahlgericht infolgedessen diese Satzungen so hinnehmen müsse, wie sie beschlossen wurden, ohne sich auf eine Prüfung der Ordnungsmäßigkeit ihres Zustandekommens einzulassen. Da nach den geänderten Satzungen der Ausschluß der beiden Abgeordneten aus der Partei von der zuständigen Körperschaft beschlossen wurde, so müsse das Wahlgericht diesen Ausschluß als rechtmäßig ansehen. Unter Festhaltung an der früheren Praxis erklärte weiter das Wahlgericht den von den Abgeordneten angeführten Reverss für rechtsverbindlich und interpretierte ihn ohne Rücksicht auf die von den beiden Abgeordneten vorgebrachten Einwendungen dahin, daß die Verpflichtung zur Niederlegung des Mandates sich auf alle im Reversse übernommenen Verbindlichkeiten beziehe. Da es nun unbestritten sei, daß die Abgeordneten die Verpflichtung übernommen haben, die Reichsparteigrundsätze, die Reichsparteisatzungen, die Beschlüsse der Reichsparteivertretung oder des Klubs der Abgeordneten zu befolgen, und da unbestritten sei, daß der Klub entgegen dem vorhergegangenen Beschlusse der Reichsparteivertretung, die Abstimmung über die Verwaltungsreform von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen, am 1. Juli 1927 beschlossen habe, in beiden Lesungen für die Verwaltungsreform zu stimmen, haben die beiden Abgeordneten durch ihre Abstimmung gegen die Verwaltungsreform ihre im Reversse übernommene Verpflichtung verletzt, und der Bund der Landwirte hat dadurch auf Grund der Reversse den vor dem Wahlgericht durchgeführten Anspruch auf Aberkennung der Mandate, nach dem der Ausschluß der beiden Abgeordneten aus der Partei erfolgt ist, erlangt. Infolge dieses vom Wahlgericht eingenommenen Standpunktes entfiel die Prüfung der weiteren Frage, ob die beiden Abgeordneten aus niedrigen oder unehrenhaften Gründen angehört haben, Mitglieder ihrer Partei zu sein.

Als Nachfolger im Mandate des Abgeordneten Josef Mayer wurde Herr Christoph Gläzler, Landwirt und Gastwirt in Zahlbären bei Asch und als Nachfolger im Mandate des Abgeordneten Dr. Georg Hanreich Herr Professor Josef Freising in Egermühly bei Brünn bestimmt.

Ausperrung der Metallarbeiter in ganz Deutschland? Drohungen der Unternehmerverbände.

Berlin, 8. Febr. (Eigenbericht.) Zur Beilegung des schon mehrere Wochen andauernden mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks haben heute Schlichtungsverhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium begonnen. Die Unternehmer machen vorläufig noch keine Miene, den Arbeitern ernsthafteste Zugeständnisse zu machen. Die Arbeiter dagegen sind entschlossen, unter keinen Umständen unter den von den Industriellen diktierten Bedingungen in die Betriebe zurückzukehren.

Um die Stellung der Industriellen zu verstärken und einen entsprechenden Druck auf die

Arbeiter auszuüben, hat sich der Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen mit den mitteldeutschen Unternehmern solidarisch erklärt. Sie sollen durch Beiträge der ganzen deutschen Metallindustrie vor Streikverlusten möglichst geschützt werden; außerdem sollen die Metallarbeiter in ganz Deutschland ausgesperrt werden, wenn es nicht in Mitteldeutschland zu einer Einigung kommt.

Die Metallarbeiter lassen sich durch diese Drohungen nicht einschüchtern; ihre Front steht heute genau so fest wie am ersten Streiktag.

Das Reichsschulgesetz als Zantapfel.

Das Zentrum droht mit dem Rücktritt seines Ministers.

Berlin, 8. Febr. (Eigenbericht.) Die deutsche Innenpolitik steht wieder im Zeichen der Krise. Bislang ist es immer noch nicht zu einer Einigung zwischen Zentrum und deutscher Volkspartei über das Reichsschulgesetz gekommen. Die deutsche Volkspartei sucht die Sache so weit wie möglich zu verschleppen, um ohne die Mitverantwortung für die Alerikalisierung der Schule in den Wahlkampf geben zu können. Im Zentrum ist wegen dieser Verschleppungstaktik eine große Verärgerung entstanden. Während Dr. Marx durch neue Verhandlungen mit der

deutschen Volkspartei einen Ausweg zu schaffen sucht, ist eine immer stärker werdende Gruppe in der Zentrumsfraktion dafür, von der Volkspartei die sofortige Erledigung des Schulgesetzes zu verlangen und andernfalls die Zentrumsminister aus dem Kabinett zurückzugeben. Das würde das Ende des Bürgerblocks bedeuten. Es würde sich daraus aber auch die baldige Auflösung des Reichstages ergeben, denn unter den augenblicklichen Verhältnissen würde sich keine Koalition finden, die vor Neuwahlen eine Regierung zu bilden geneigt wäre. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Neuwahlen dann nach Erledigung des Budgets im April oder Anfangs Mai stattfinden würden.

Sagungslied. Bei einem Zusammenstoß zweier Personen auf dem Kurster Bohrtor in Moskau wurden eine Person getötet und elf verwundet.

Im Zeichen des Autos. Die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge in Orosien betrug am 1. Feber 63.719, um 209 mehr als am 1. Jan. Die Zahl der Kraftdroschken betrug 9161, um 31 weniger als vor einem Monat.

Eine 107 Jahre alte Tschekoslowakin. Monique wurde Frau Katharina Gabrnock in Witschitz 107 Jahre alt. Sie hat alle ihre Kinder überlebt.

bis auf eine Tochter, die der großen Mutter nunmehr Zuflucht gewährt. Frau Gabrnock wurde am 6. Feber 1821 geboren.

Selbstmord eines 76jährigen. In Schönfeld bei Karlsbad hat sich der 76 Jahre alte Zeiler F. erschossen. Nahrungsorgen waren die Ursache dieses Entschlusses.

weise für die Schuld. Sie ist die Vertreterin der rigorosen Moral und Präsidentin des Vereines zur Hebung der Sittlichkeit in den niederen Ständen.

Diese beiden Frauen sind es, die über die blonde Sinderin vom Stadttheater soeben den Stab gebrochen haben.

3. Das Sakrament der Ehe.

Ich begegne dem Dr. X., einem jungen Arzte, der einmal sehr elegant war, nun aber recht ramponiert aussieht. Nachdem er mir sein Leid geklagt und über die schlechten Zeiten genügend geklagt hat, konkludiert er feufzend:

„Es wird mir nichts anderes übrig bleiben als zu heiraten. Man hat mir ein Mädchen in Vorschlag gebracht mit 20.000 Schillingen. Viel ist das nicht, aber die Zeiten sind so miserabel. Was mich besonders anlockt, das ist die prachtvolle Wohnung mit schöner Einrichtung, die gegeben wird.“

„Haben Sie sie denn schon gesehen? Gefällt sie Ihnen?“

„Ja, sie liegt in der Gumpendorferstraße, für einen Arzt eine ganz ausgezeichnete Lage.“

„Das Mädchen, meine ich.“

„Ach so, nein, noch nicht. Wir sollen so quatsch morgen gesellschaftlich miteinander bekannt werden.“

Neugierig bin ich, ob Herr Dr. X. mit einer Dirne, die ebenfalls einen Tag früher nicht weiß, wer sie am nächsten Tage laufen wird, sich öffentlich an einen Tisch setzen würde.

Woltswirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland.

Im „Wostok truda“, dem Zentralorgan des russischen Zentral-Gewerkschaftsrates, vom November 1927 finden wir eine Auseinandersetzung mit der Opposition über die Frage der Arbeitslosigkeit in der ZSZR, und dem Kampfe mit ihr. Die Opposition wirft der jetzigen Regierung vor, daß das Tempo des Wachstums der Industrie verhältnismäßig viel zu langsam ist, daß nicht alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um dieses Tempo zu beschleunigen und daß eben deshalb die Arbeitslosigkeit in Rußland eine bedeutende Ziffer erreicht und in der letzten Zeit sogar wiederum angewachsen ist.

Was hat man wohl jedoch in dem Artikel in der erwähnten Zeitschrift nach, daß den statistischen Daten zufolge die Industrie im Jahre 1923/24 um 30 Prozent, 1924/25 um 60 Prozent, 1925/26 um 43 Prozent, 1926/27 um 21 Prozent gewachsen ist und man hat die Absicht, im Wirtschaftsjahr 1927/28 die Produktion um weitere 17,6 Prozent zu steigern. Er meint daher, daß diese Argumentation der Opposition nicht stichhaltig sei. Demgegenüber muß man aber konstatieren, daß die Anzahl der beschäftigten Arbeiter nicht im gleichen oder auch nur annähernd gleichen Verhältnis gestiegen ist. Nach den Daten des Gosplan waren in allen Zweigen der Volkswirtschaft der ZSZR im Wirtschaftsjahr 1923/24 7.330.000, 1924/25 8.256.000, 1925/26 9.808.000 und 1926/27 10.313.000 Arbeiter beschäftigt. In Prozenten ausgedrückt betrug daher die Steigerung der Zahl der Arbeitskräfte im Wirtschaftsjahr 1924/25 12 Prozent, 1925/26 18,8 Prozent und 1926/27 4,2 Prozent. Vergleichen wir diese Prozentsätze mit den obigen Ziffern, so müssen wir ganz gewaltige Differenzen feststellen. Es genügt daher sicher nicht, auf die Steigerung der Industrie hinzuweisen, denn die Produktion kann gerade umgekehrt durch Rationalisierung usw. auf Kosten der Arbeitskräfte gesteigert werden. Es ist in einem solchen Falle selbstverständlich ein um so höheres Anwachsen der industriellen Produktion nötig. In gewissem Sinne ist daher die Verschuldung der Opposition richtig. Man muß allerdings bedenken, mit welchen Schwervirkeiten Sowjetrußland zu kämpfen hat, um seine verarmte Wirtschaft wieder herzustellen und von diesem Gesichtspunkte aus muß man zugeben, daß Großes geleistet wurde.

Die eigentliche Ursache der Arbeitslosigkeit in der ZSZR, und ihres beständigen Anwachsens ist jedoch die sogenannte Landflucht, das heißt das Zuwandern der Landbevölkerung in die Städte. Nach den gegebenen Berechnungen betrug dieser Zustrom von ländlichen Arbeitskräften in die Städte im Jahre 1925 ungefähr eine Million, im Jahre 1926 rund 800.000 Menschen. Diese gewaltigen Massen stellen eine ganz bedeutende Reservearmee dar. Es ist klar, daß die Massen unqualifizierte Arbeiter sind und daher um so schweriger auszunutzen werden können. Zu dieser Hauptursache der Arbeitslosigkeit kommen aber noch andere Ursachen: die verstärkte Verwendung der Frauen in den Petrieken, der Zuwachs von arbeitsfähigen Kräften in den Städten, die Proletarisierung der Mittelstandsschichten u. a.

Was die Anzahl der Arbeitslosen anbelangt, so sind in der erwähnten Zeitschrift den Daten der Arbeitsbörse zufolge folgende Ziffern ausgewiesen:

Table with 4 columns: Anzahl Arbeiter, Industriearbeiter, Gehilfen, unqualifizierte Arbeiter. Rows for 1. Juli 1926 and 1. Juli 1927.

In neun Monaten des Jahres 1926 ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1925 auf 115,8 Prozent gestiegen, in neun Monaten des Jahres 1927 gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1926 auf 113,6 Prozent. Die Industriearbeiter machen unter den Arbeitslosen 16,8 Prozent aus, den höchsten Prozentsatz stellen die nichtqualifizierten Arbeitskräfte unter

Deufenturle.

Prager Kurse am 8. Feber.

Table with 3 columns: Wares, Price, and another column. Lists various goods like gold, silver, and currencies.

den Arbeitslosen dar. Wenn Buchatow in seinem Artikel damit nachweisen will, daß die Arbeitslosigkeit in der ZSZR, ihrem Charakter nach keine industrielle Arbeitslosigkeit ist, so muß dem wohl entgegen gehalten werden, daß unter den Nichtqualifizierten sich sicher eine große Anzahl von Arbeitern befindet, die eben als nichtqualifizierte Arbeiter auch in der Industrie tätig waren.

Für diese Arbeitslosen wurden folgende Unterstützungen verausgabt:

Table with 2 columns: Wirtschaftsjahr, Millionen Rubel. Shows data for 1925/26 and 1926/27.

Davon haben im Jahre 1926/27 geleistet die Versicherungsorganisationen 70 Millionen R., die Gewerkschaftsorganisationen 15 Millionen R. und der Rest wurde von öffentlichen Anstalten für Nachlager, Essen usw. ausgegeben. Für das gegenwärtige Wirtschaftsjahr ist ein Betrag von 150 Millionen als Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung geplant.

Es scheint, daß die Million Arbeitsloser in Rußland eine akute Erscheinung bleiben wird. Von Jahr zu Jahr muß ihr mehr Aufmerksamkeit von den maßgebenden Stellen gewidmet werden. Bei der Aufstellung der Vorschläge muß auf sie in bedeutendem Maße Rücksicht genommen werden. Auch durch die Einführung des geplanten siebenstündigen Arbeitstages dürfte die Arbeitslosigkeit nicht bedeutend vermindert werden. Notwendig werden in diesem Falle nur qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht werden, denn die Einführung des Siebenstundentages soll ja ohne die geringste Beeinträchtigung der Produktion durchgeführt werden. Das Hauptkontingent unter den Arbeitslosen stellen aber die nichtqualifizierten Arbeiter. Dann ist es doch sicher auch wahrscheinlich, daß der Zustrom der Landbevölkerung in die Städte nicht so leicht verstopft wird, sondern im Gegenteil bei der nächsten Konjunktur sich vergrößern wird.

Statistik der Genossenschaften.

Das Statistische Staatsamt bringt in Nummer 142-143 seiner „Mitteilungen“ (tschechische Ausgabe) Daten über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (mit Ausschluß der Kreditgenossenschaften) in der Tschekoslowakischen Republik. Nach ihnen gab es im Jahre 1925 8.265 (im Jahre 1919: 5545) solcher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, u. zw. 4.378 in Böhmen, 2.207 in Mähren und Schlesien, 1.315 in der Slowakei und 165 in Karpathenrußland. Von der Gesamtsumme entfallen 4.075 (im Jahre 1919 2.373) auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften, 1.532 (1100) auf die gewerblichen, 1.203 (1.115) auf Konsumgenossenschaften, 1.127 (583) auf Genossenschaften zum Bau von Wohnhäusern, 265 (50) auf Genossenschaften zum Bau und Vereinhäusern, 63 (24) auf sonstige Genossenschaften. Die Genossenschaften, die die geforderten Daten liefern — im Jahre 1925 gab es ihrer 6.464 (im Jahre 1919 4.460) — zählten 1.535.482 (1.189.392) Mitglieder. Die eingezahlten Geschäftsanteile betragen bei diesen Genossenschaften 432.675.000 (157.765.000) K., die Reserve- und sonstigen Fonds 184.972.000 (61.706.000) K. Der Gewinn betrug bei 3.191 Genossenschaften 30.923.366 (43.512.715) K. der Verlust bei 181 Genossenschaften 57.930.757 (3.216.809) Kronen.

Genossenschaftsverbände. Die Genossenschaftsverbände sind nach ihrer Tätigkeit (Verwaltungs-, Revisions-, Handels-, finanzielle Tätigkeit) und nach ihrer Geschäftssprache gegliedert. Von den 68 Genossenschaftsverbänden, auf welche sich die Erhebung bezieht, vereinigt die meisten Mitglieder in sich die Udredni jednota hospodarskijch družstev in Prag. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1926 zählte sie 2.977 Mitglieder. Von ihnen waren 4 Genossenschaftsverbände, 1.712 Kreditgenossenschaften, 1.171 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (ohne die Kreditgenossenschaften). Von diesen Genossenschaften waren 1.131 landwirtschaftliche, 6 gewerbliche, 3 Konsumgenossenschaften, 18 Baugenossenschaften, 13 sonstige Genossenschaften. Das Udredni družstvo in Přebuz zählte in zur selben Zeit 1.670 Mitglieder, hievon 557 Kreditgenossenschaften und 1.024 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Davon waren 91 landwirtschaftliche, 19 gewerbliche, 872 Konsumgenossenschaften, 31 Baugenossenschaften und 11 sonstige Genossenschaften. Das Landwirtschaftliche Lagerhaus für Schlesien und Mähren in Troppau zählte 1.359 Mitglieder, u. zw. durchwegs landwirtschaftliche Erwerbs- und Kreditgenossenschaften (keine Kreditgenossenschaften). Der Udredni spaz. beskolovenskijch družstev in Prag zählte 1.237 Mitglieder, u. zw. 24 Kreditgenossenschaften, 1.209 sonstige Genossenschaften. Von diesen letzteren waren 188 landwirtschaftliche, 241 gewerbliche, 328 Konsumgenossenschaften, 233 Baugenossenschaften, 229 sonstige Genossenschaften. Die erwähnte Nummer der „Mitteilungen“ bringt außer der Mitgliederzahl auch einige Wirtschaftsdaten über die Genossenschaftsverbände mit finanzieller und Handelsstätigkeit im Jahre 1926. Die Mitteilungen sind bei allen Buchhandlungen für 2 K. erhältlich.

Geschichten ohne Pointe.

Von Thella Merwin.

1. Der Triviale

Wär er Historiker geworden, würde er sicher ein aufsehenerregendes Werk über den psychologischen Zusammenhang zwischen Napoleons Magenverstopfungen und den Schlachten von Marengo und Waterloo zusammengebracht haben, denn eine Art nüchternen Genies lebt unzweifelhaft in seinem Detailforschergeist. Petrarca erscheint ihm erst des Interesses wert, wenn sich historisch nachweisen ließe, daß seine angebetete Laura mit schmerzhaften Bühneraugen behaftet war. Alle Erscheinungen dieser Welt, wie groß sie auch gewesen sein, wie viele Pulse sie auch beschleunigt haben mögen, erhalten ihr richtiges Maß erst durch ihre Beziehung zu dem Gewöhnlichen. Da er aber nur ein gewöhnlicher, kleiner Rechtsanwalt ist, so begnügt er sich damit, dich, wenn du in großer Eile bist, aufzubalten, um der Geschichte des Tages sein Blatt anzufügen.

Haben Sie gehört? Nun ist der junge Reisenbach auch schon Verwaltungsrat der Ganefit A. G. Sie wissen doch, da hat der alte Löwenbach seine Hand im Spiele. Ja, eine schöne Frau bedeutet heutzutage schon etwas. Man sagt, auch ihre faßlichsten Toiletten soll der Alte bezahlen.

Sagt es dir nicht Herr Meier, so sagt es dir Herr Müller. Und sagt es dir nicht Herr Müller, sagt es dir der Sonntagspaulander des beliebten Tagesjournalen, das sich das Wohlwollen seiner Leser durch einen wöchentlichen Blick in die Schlafzimmer der guten Gesellschaft sichert. Ist er boshaft, der Triviale? Nicht einmal. Er besitzt nur durch eine von der Natur verliehene Fähigkeit die Gabe, auch die beste Lust durch sein Uebermaß an Stillschweif zu verderben. Er ist der Spaziergänger, der entzückt vor einer schönen Wiese stehen bleibt, aber nur, um ihre Areale abzuschätzen, und im dunkeln Forst bestaunt er den Holzweg. Er ist der Mann, der am Abend seiner Hochzeit den Klang der Liebe in die Worte ausströmt: Endlich allein! Und der dann auch seine Frau nach spätestens drei Monaten endlich allein läßt, weil der Stammtisch oder der Tarot doch die dauernden Grundpfeiler seines Daseins bleiben, welches Gefühl auch einmal dieses arme, leere Herz gestreift haben mag. Aus einem vielgelesenen Wochenblatt, das noch überdies durch eine ständige Rätselrubrik Anforderungen an den Scharfsinn seiner Leser stellt, holt er sich genügend Bildung, um eine universale Kenntnis der Erscheinungen unseres Lebens vom Radio bis Tautankamen vor dionysischen Kommiss zu entwickeln. Er singt die neuesten Schlagere und ist der Jünger der neuesten Kunstströmungen — überhaupt übt das Neue auch in seinen ungeläutesten Formen eine unheimliche Anziehungskraft auf ihn aus, denn in dieser willigen Gefolgschaft scheint für ihn der Geist des Fortschrittes zu leben. Trostlos ist er in allen sozialen Fragen in der fossilsten Form befangen und er wiederholt die Phrasen einer Freiheit, welche längst keine mehr ist. Bis auf einige, nicht tiefgehende, aber die Einformigkeit des Daseins anmutig belebende Seitenzünge war er ein vorzüglicher pater familias, der die ehelichen Kinder in Ehren erzieht. Schon wachsen sie heran, mit jenen bekannten Merkmalen der Familiengenies behaftet, die mit dem Augenblicke ihrer bürgerlichen Reife merkwürdig rasch zu verschwinden pflegen, um ihrerseits wieder sich in die große, gewaltige, alles erdrückende Armee der Trivialität einzureihen. Kurz, wenn Faust, der Nichttriviale, der im Hause seiner verschredenden Sehnsucht sich dieser Armee entgegenwirft, wenn dieser ewig Unbefriedigte von einer Spottgeburt von Dred und Feuer spricht, dann hat er sicher beim ersten Teil dieser Wismaterie an den Trivialen gedacht, den erst das Feuer der Selbstsucht zu einem wahren Teufel macht.

2. Stützen der Gesellschaft.

Frau Sektionschef Lieberlein in Silberlamé (sollte die Beschreibung nicht ganz stigmatisch sein, bitte ich die verehrten Kreuzblütlerinnen der Tagesjournalen um Nachsicht) sich zu einer herbeucaufbarbenen Brokattoilette neigend (aus dem bekannten Atelier: Zur Venusmuschel, siehe Zusatz):

„Und für wen er sich ruiniert hat! Eigentlich, vergehen Sie, verehrte Freundin, für eine Dirne. Aber mit delikaten Umschreibungen kommt man hier nicht mehr aus.“

„Die Falerini, vom Stadttheater, sagt man. F-wei soll sie gleichzeitig mit einem Kollegen ein Verhältnis haben.“

„Mit einem? ... Man sagt.“ Ein Eisenbeinfächer mit Straußfedern tritt in Aktion und hinter diesem Paravent der Verleumdung weiten sich die Nasenflügel, funkeln vier beghrliche Frauenaugen.

„Was Sie nicht sagen? Gibt es so was? Das ist ja schrecklich. Man schämt sich seines eigenen Geschlechtes.“

Nüchternheit des unbezahlten Beobachters in ihrer von Velour-Chiffon und Maroquin nicht verhüllten Seele.

Als ganz junges und armes Mädchen aus „gutem Hause“, das, mitgiftlos, sich früh in der schwierigen Kunst des Männerfangens üben mußte, lernte Frau Lieberlein ihren Mann kennen. Damals noch ein kleiner Statthaltereibeamter, trug er das Portefeuille gewissermaßen doch schon im Tornister, denn er entstammte einer alten Beamtenfamilie, die Oesterreich schon viele Pensionen gefosht hat. Von einer Heirat, die ihm weder Geld noch Verbindungen bringen konnte, war natürlich ursprünglich keine Rede. Man begnügte sich anfangs mit jenem gesteigerten Nervenzustand, für den die Gesellschaft das milde Wort „Flirt“ gefunden hat. Aber in der Methode des Gewährens und Versagens nach dem berühmten Muster „tout, excepte ce“ (alles, nur das eine nicht) eine Meisterin, gelang es dem jungen Mädchen doch nach und nach, einen schweren Konflikt zu entfachen zwischen den auch in der Brust eines Statthaltereikonzipisten wohnenden Instinkten und seiner kühlen Vernunft — und eines Tages sicgte auf dem zerstampften Schlachtfelde eines Beamtenbergens der Trieb über den Verstand. Um den Preis der Ehe wurde ein Verlangen gestellt, das sogar mächtiger sprach als der Ehrgeiz.

Die Bezahlung für einige Liebesnächte, derer der Mann bald überdrüssig wurde (denn er hatte sich mehr versprochen), waren bis zum Zeitpunkt der oben angeführten Unterhaltung: Eine achtzehnjährige volle Pension allerersten Ranges mit drei Dienstboten, Kleider aus den ersten Salons der Stadt, und in unübersehbarer Zahl, eine Perlenkette, die das Entzücken jedes Kenners bildete, zwei Brillantkolliers, acht wertvolle Ringe, ein Paar Boutons von neiderwender Größe, abgesehen von den verschiedenen Pelzen, Mänteln und der exquisit feinen Wäsche, für die Frau Lieberlein eine besondere Vorliebe besaß. Sie zu kam noch die jährliche Wäsche in einem fashionablen Kurort, die Weihnachtsreise an die Riviera, der Besuch aller nennenswerten Premieren, dreimal wöchentlich eine Abendunterhaltung oder der Genuß einer Bar, die tägliche Kaufe in einer besuchten Stadifonditorei. Das monatliche Budget für Parfums, Toiletteartikel, Friseur, Masseur, und für das ganze bunte Mosaik all der kleinen, täglichen Dinge, aus denen sich das Gesamtbild der mondänen Frau formt, hätte vollkommen hingereicht, um die Bedürfnisse eines kleinbürgerlichen Haushaltes zur Gänze zu decken.

Ein nicht unbedeutender Betrag war in diesen Ehejahren an ärztlichem Honorar verbraucht worden, obwohl Frau Lieberlein während der ganzen Zeit nicht ein einziges Mal eine nennenswerte Erkrankung mitgemacht, ja sich nicht einmal der Mühe einer Entbindung unterzogen hatte. Da ihr Liebesreiz, das Kaufobjekt dieses für den Käufer so unvorteilhaften Handels, nach kurzer Zeit versagte, machte der enttäuschte Kontrahent von seinen Vertragsrechten seit langem keinen Gebrauch, und so bezog Frau Lieberlein eigentlich ohne jede Gegenleistung dieses ungeheure Einkommen. Summiert man zu diesen Kosten noch die Unkosten, die Herrn Lieberlein daraus erwachsen, daß er sich wegen Mangelhaftigkeit der Ware nach einer frischen Verbindung umsehen mußte, um seinen Bedarf einzudecken, so wäre mit diesem Plus der Ansprüche einer hübschen Griselette, die sich mit einem kleinen Monatsgehalt, drei jährlichen Kleidern aus einem Konfektionsgeschäft und den fadenstcheinigen Fäullichkeiten des Herrn Sektionschefs begnügte, das Budget der Frau Lieberlein vollständig.

Da die Zeiten schlecht sind, wird Herr Lieberlein diese kleine, nebensächliche Zerstreung aufgeben müssen. Das ist unangenehm, aber immerhin eine einfache Lösung. Nur die Nichtgeliebte, der die bürgerliche Gesellschaft den Dold ihrer Forderungen schärft, die kann er nicht entlassen, die kann er niemals, niemals loswerden, und weil er sie einmal unarmte, zahlt er lebenslänglichen Tribut. Beide hoffen einander, aber sie bekommt ihren täglichen Handluch zum Frühstück, und das Geschrei breitet schändlich seine Fittiche über eine Ehe, die nur noch zu einer Orgie der Lieferanten geworden ist.

Die Andere, stolze Besitzerin in der Brokattoilette, ist eine gedankenlose Henne, die ihren Mann durch wilde Verschwendungssucht an den Rand der Verzweiflung bringt. Da sie die notwendigen Mittel auf ordentlichem Wege nicht hereinbringen kann, hat sie sich in jungen Jahren einen zahlungsfähigen Hausfreund gehalten, heute hilft sie sich recht und schlecht damit, daß sie sich von den Lieferanten höhergestellte Rechnungen fakturieren läßt und den Ueberfluß für sich verhält. Sie ist von Natur misstrauisch, und durch List und Schliche sucht sie den Dienstboten auf kleine Unredlichkeiten zu kommen, die sie dann auf's tiefste erbittert. Wegen eines Fehltrittes von dreißig Groschen würde sie unsehlbar die Gerechtigkeit anrufen, hätte sie nur stricke Be-

Kunst und Wissen.

Zweiter Gastspielabend Biccaver.

Vom Standpunkte des auf die große Wirkung beim Publikum angewiesenen Sängers aus war Biccavers zweites Gastspiel als Cavaradossi in Giacomo Puccinis veristischer Oper „Tosca“ ohne Zweifel ein Ereignis. Denn „Tosca“ ist eine richtige Publikumsoper, ihr männlicher Held Cavaradossi aber eine der dankbarsten und erfolgreichsten Bombenrollen für jeden Starienor; schon die drei Hauptnummern der Oper, die große Arie Cavaradossis und sein Duett mit Tosca im ersten Akte, das zündende Freiheitslied Cavaradossis im zweiten Akte und seine Arie und das Duett mit Tosca im dritten Akte, würden vollaus genügen, das Publikum im Genuße einer berühmten Tenorstimme auf seine Kosten kommen zu lassen. Biccaver hat denn auch gerade in diesen Hauptnummern der Oper trotz einer merklichen Indisposition alle Register seiner bedeutenden Stimmtechnik und Gesangskunst spielen lassen und dabei sowohl den vorzüglich bekannten Belcanto als auch den tongesetzten Stimmreizen geöffnet. Allerdings kann nicht verschwiegen werden, daß gegenwärtig der Meister des Schöngelanges und der eigentlichen Gesangskunst dem reinen Stimmköstus überlegen ist; denn Biccavers Kunst des Piano und Mezzosopra, im An- und Abschwellen des Tones und im ech italienischen Rubato der Phrasierung ist unverändert unerschrocken, was von seiner einst unvergleichlich süßen lyrischen Tenorstimme nicht mehr behauptet werden kann. Als Darsteller hat Biccaver in der Rolle des Cavaradossi ansehnliches Format, ohne indessen überwältigend zu sein; denn ihm fehlt der große dramatische und persönliche Zug, Tosca war endlich wieder einmal Frau Reich-Dörich, deren blühend schöne und allen gelanglichen Anforderungen dieser bedeutenden Rolle spielend gerecht werdende große Stimme sie wie keine andere in unserem demaligen Opernensemble dazu befähigt. Die übrige Besetzung der Oper war die alte und gibt zu Bemerkungen keinen Anlaß. Kapellmeister Dr. Kolisko dirigierte; das bedeutete eine nicht immer einwandfreie und zufriedenstellende musikalische Wiedergabe der Oper. Das Haus war wieder nahezu ausverkauft. Und da fragt man über Interessiertheit des Publikums? G. S.

„Die Walzer-Dynastie Strauß.“ Sonntag, den 26. Feber 1928 um halb 8 Uhr abends findet ein Konzert der Tschechischen Philharmonie statt unter der Leitung des Gastdirigenten Johann Strauß. Auf dem Programm durchwegs Werke von Johann Strauß, seinem Vater, seinen Brüdern und seinem Enkel, dem Gastdirigenten.

Bronislav Huberman spielt am 14. März im Luzernsaal.

Das Gastspiel Albert und Elise Wasserfmann mit ihrem Ensemble wird zwei Abende umfassen. Montag, den 13. d. gelangt Schnitzlers Schauspiel „Der einsame Weg“ in folgender Besetzung zur Ausführung: Stephan von Sals — Albert Wasserfmann, Irene Harms — Elise Wasserfmann, Prof. Wenath — Ludwig Mayr, Gabriele — Erna Friedrichs, Felix — Axel Kreuzinger, Johanna — Corola Wagner, Julian Richter — Alfred Weierle, Dr. Neumann — Richard Ludwig. Regie: Melchor Fischer. Dienstag, den 14. d. findet eine Aufführung des amüsanten Lustspiels von Noel Coward: „Sünden der Jugend“ statt. Für beide Vorstellungen, die außer Abonnement in Szene gehen, wird der Vorverkauf täglich fortgesetzt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (103-3), Gastspiel Louis Zilling, 7 Uhr: „Bosenblut.“ Freitag, Gastspiel Alfred Biccaver, 7 Uhr: „Carmen.“ Samstag (101-1), 7 1/2 Uhr: „Leonie.“ Sonntag, 2 1/2 Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Der letzte Ritter“; 7 Uhr (104-4), Gastspiel Louis Zilling: „Die schöne Helena.“ Montag, Ensemblegastspiel Albert und Elise Wasserfmann, 7 1/2 Uhr: „Der einsame Weg.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Das Land der Verheißung.“ Freitag: Kulturverband: „Ein besserer Herr.“ Samstag: „Diga von der Wolga.“ Sonntag, 3 Uhr: „Diga von der Wolga“; 7 1/2 Uhr: „Der Heger.“ Montag, Bankbeamten: „Das Land der Verheißung.“

Literatur.

„Der Vastard.“ Roman von Arnold M. H. (Verlag Ullstein, Berlin). Der Held des Romans, ein schlechter Architekt, ist in seinen Feindschaften „Vastard“. Als ein Schwankender steht er zwischen dem deutschen und dem russischen Volke. Seine Vorlieben waren Russen, er ist an der Grenze aufgewachsen und im Kriege wird ihm Rusland, in das er als Feind kommt, neue Heimat, von der er nach seiner Rückkehr nach Deutschland geahmählich nicht loskommt. Er vermag sich in dem alten bürgerlichen Leben nicht wieder zurecht zu finden und kehrt in das russische Dorf zurück, wo er seine zweite Frau zurückgelassen hat. Seine Lebensreise dort, seine schließliche Rückkehr zum Werk, zur schaffenden Arbeit, seine hoffnungslose Sehnsucht und Leidenschaft, das alles ist, obwohl es mitunter unglaublich wirkt, mit starkem Temperament und seinem psychologischen Verständnis geschildert.

„Die Geschichte unserer Welt.“ Von E. O. Wells. (Verlag von Paul Zsolnay, Berlin-Wien-Leipzig.) Eine Weltgeschichte in knapp 400 Seiten! Von der einfachsten und tot im Weltall kreisenden Welt, von den Ursprüngen des Lebens auf der Erde, vom Reanderthal-Menschen über die Steinzeit, die alten Ägypter und Babylonier, über Juden, Griechen und Römer, Konstantin, Leo X und Jesus bis zur industriellen Revolution, zum großen Kriege und zum

Zeitalter der Rüstungen führt Wells den gebannten und gefesselten Feind, der nicht ein Geschichtswort, sondern einen spannenden Roman zu lesen glaubt. Neberalterung der Welt? Wells verneint diese Frage auf das entschiedenste, nach ihm sind die Welt und die Menschheit noch ungemein jung, kaum dem Jünglingsalter erwachsen. Der große englische Romanist will in den Räten der Menschheit nicht Erziehung erkennen, sondern die einer wachsenden und noch völlig ungebändigten Kraft. Die ganze Geschichte sieht er als einen einheitlichen Prozeß an und rät, sich des unermüdblichen Strebens der Menschheit nach Erkenntnis und Beherrschung des Lebens bewußt zu werden, um die Hoffnungen und Gefahren der letzten Zeit in ihren richtigen Mäßen zu erkennen: „Die Morgenbämmerung menschlicher Größe bricht erst an“. Aus dem frisch und lebendig geschriebenen Buch kann man viel Anregung und Belehrung schöpfen, seine Anschaffung kann daher aufs wärmste empfohlen werden.

„Der schwarze Mann.“ Roman von Alfred Richard. Drei Masken-Verlag, München. Es entspricht dem Zuge der Zeit, daß der spannende Roman bei Verlegern und Lesern eine immer steigende Bevorzugung findet. Der „Schwarze Mann“ ist die Geschichte eines Mannes, der wegen Wortes zu zehn Jahren Deportation verurteilt wurde, nach zehn Jahren flieht und weitere zehn Jahre unter falschem Namen ein aufständisches Leben führt. Fünf Tage vor der Verhängung des Verbrechens, gerade an seinem Hochzeitstag, droht ihm die Verhaftung. In toller Eile sucht er, sucht in der Not bei der Verbrechenswelt Schutz, begeht fast ein neues Verbrechen bis sich herabstellt, daß das Verbrechen, an welches ebenso das Gericht wie er geknauert hatte, von ihm gar nicht begangen worden war, worauf das Opfer des Justizirrtums seinen Frieden findet.

Gerichtssaal.

Protokoll der Große

auf der japanischen Gesandtschaft.

Prag, 8. Feber. Das Werk des Herrn Generalstabsmajors Methobius Plechy im tschechischen Verteidigungsministerium führt folgenden Titel: „Historie des vierten Regiments Protokoll der Große“ beim Herrgott von Spandan, oder besser gesagt, beim Herrgott von Pohorelec, wenn es eine Geschichte des Regiments Nr. 4 der Hoch- und Deutschmeister, eine des Dragonerregimentes Windischgrätz, eine Geschichte des Regiments Nr. 1 und Nr. 2 und Nr. 3 und Nr. 4 gegeben hat, warum soll es bei uns nicht eine „Historie des Regiments Nr. 4 Protokoll der Große“ geben? Weiß man doch, daß in Friedenszeiten im alten Oesterreich so manche Existenz mit dem Schreiben einer Regimentsgeschichte zusammenhing, weiß man doch, daß eben der Frieden dazu da ist, daß Regimentsgeschichten geschrieben werden, die so lange geschrieben werden, bis wieder ein neuer Krieg ausbricht, dann wird das Schreiben natürlich eingestellt, aber kaum kommt der Frieden, dann beginnt wieder das Schreiben der Regimentsgeschichten. Ein ewiger Kreislauf — Regimentsgeschichten — sterbende Menschenleiber — Soldaten — Regimentsgeschichten. Also der Herr Major hatte dieses Werk geschrieben, es wurde natürlich auch gedruckt, auf seinem Papiere, fein säuberlich gebunden, aber damit war die Geschichte dieses Wertes noch nicht zu Ende. Was nützt ein Buch, das gedruckt wurde, wenn es daheim in ganzen Stößen in Kisten liegt? Ein Werk gehört doch auch in die Lesensliste, damit alle wissen, was drin steht, damit alle reichhaltig werden der Schätze an Wissen, Erinnerungen und Weisheiten, die darin aufgestapelt liegen. Also sah sich der Herr Major um Leute um, die kein Werk unter die Leute bringen sollten. Genaos sah sich um alte Hosen oder um Ketten, dann sagt man von der Art eines solchen Wertes: „hanieren“. Im Buchhandel existiert ein anderer Ausdruck dafür, da heißt es: „kolportieren“.

Unteroffiziere sind immer zur Hand, die solche Vermittlungen übernehmen, auch hier fand sich einer der die Kolportage vermittelte. Der Preis des Wertes stellte sich auf 75 K, hievon bestimmte der Herr Major, daß 60 ihm, 15 demjenigen gehören sollten, der das Werk an den Mann bringe. So ein Kolporteur mietete sich nun einen Unteroffizier. Der Herr Major behauptete ausdrücklich, daß der Kolporteur nicht mehr als 75 K verlangen sollte, also ein sehr bescheidener Gewinn, wenn man die Verhältnisse im Buchhandel kennt und weiß, daß die Buchhändler 30 bis 40 Prozent vom Ladenpreis für sich beanspruchen. Der Unteroffizier verlangte sehr natürlich wieder mehr, nämlich 75 K und der Preis des Wertes stieg auf 100 K.

So ein Unteroffizier war auch der 1893 in Znojmo geborene Franz Kelmel. Der Mann scherte sich wenig um die Instruktionen, die ihm einen Limitpreis vorschrieben, sondern suchte natürlich für das Werk über das Regiment Protokoll der Große so viel zu lösen als möglich. Er hatte bereits seine Tipps, wie man mit solchen „Werken“ verfährt, um sie gut anzubringen. Wozu haben wir denn in Prag die fremden Gesandtschaften? Doch nicht allein deshalb, damit sie Fälle veranlassen, auf welchen Bräntanen gestrichen werden! Jede Gesandtschaft hat doch einen Militärattaché und wenn so ein Gesandter oder Offizier aus Rußland oder aus Litauen, der hier zugeteilt ist die Staatsprozeß noch nicht so weit befreit, daß er das Werk „Historie des Regiments Protokoll der Große“ zu überlesen vermag, dann soll er sich eben einen Dolmetsch nehmen, damit er nicht zu kurz kommt. Also einmal klingelte das Telephon auf der Gesandtschaft von Rußland, am nächsten Tage wieder auf der von Litauen, den dritten Tag beim Chargé d'affaires von Ägypten, den vierten Tag auf der Zweiergesandtschaft überall meldete sich „ein Herr aus dem M.D.“, der

der Gesandtschaft in ein paar Stunden ein wichtiges offizielles Werk unseres Verteidigungsministeriums zu überreichen die Ehre haben wird, wofür die Kleinigkeit von 200 K zu entrichten sei. Herr Kelmel machte gute Geschäfte: bei all den genannten Gesandtschaften tauchte er mit „Protokoll der Große“ auf und überall brachte er in ein Wert an. Nur in Japan ging die Sache schief aus. Auf der japanischen Gesandtschaft war Herr Kelmel bereits schon früher zweimal mit anderen Sendungen irgend-eines offiziellen Amtes gewesen, der Japaner erkannte ihn und rief das M.D. an, ob „Protokoll der Große“ tatsächlich so eine Bedeutung habe und eine offizielle Publikation sei. Das M.D. telephonierte kurz: „Verhaften“. Da es Herr Kelmel ein bißchen zu lange dauerte, begann er zu wintern, daß da etwas wär in Ordnung sei und lief aus. Also, ein wenigstens das Verzeihen der Gesandtschaften, die ihm den Kauf des Wertes bestätigt hatten, zu vernichten. Aber schon nahte die strafende Gerechtigkeit und führte ihn offiziell ins Kriminal. Er saß dort vier Tage und stand heute wegen Betruges vor dem Senate des O.G.R. Ed. Soudel. Der Senat erkannte ihn nur in einem einzigen Falle des Betruges schuldig, nämlich in dem Falle der japanischen Gesandtschaft, weil er vorgepiselt hatte, ein offizieller Vertreter des M.D. zu sein und das Werk, das ihm der Herr Major mit 75 K zu verkaufen geboten hatte, mit 200 K anbringen wollte. Dies hatte die Gesandtschaft dem Gerichte ausdrücklich bestätigt. Mit Rücksicht auf die Höhe des Betruges handelte es sich nur um eine Uebertretung und er wurde zu vier Tagen einfachen Arrestes verurteilt, die durch die Untersuchungshaft abgehüft sind. Im Auditorium sah eine weinende Frau, der der Beurteilte während der Pause liebevolle Worte zurief, um sie zu trösten.

Turnen und Sport.

Dauerleistungen auf Schneeschuhen.

Wenn heute auf Schneeschuhen Wettkämpfe über eine Strecke bis zu 60 Kilometern ausgetragen werden, erscheint manchem Laien eine solche Leistung fast als eine Unmöglichkeit. Verfolgt man jedoch die Geschichte der bisher veranstalteten Ski-Wettkämpfe, so erfährt man, daß noch weit größere Entfernungen mit Schneeschuhen zurückgelegt worden sind. Das erste in Zeitungen angekündigte Skirennen fand am 2. April 1843 bei Tromsö in Norwegen statt. Ein Jahr später vollbrachte der 37jährige Lappe Lars Tuorda die einzigartige Leistung, in Nordschweden 220 Kilometer in 21 Stunden und 22 Minuten auf Schneeschuhen zurückzulegen. Im Februar 1888 fand bei Christiania (Oslo) in Norwegen ein Distanzlauf über 50 Kilometer in hügeligen, unebenem Waldterrain statt. Der Sieger, der Telemarker Hemnesvold, bewältigte die schwierige Strecke in 4 Std. 26 Min.

Eine fast ungläubliche Leistung vollbrachte 1889 Frithjof Ransen, der die Eiseisige Grönlands von Osten bis Westen auf Schneeschuhen durchquerte und mit seinen Expeditionsmitgliedern in fast übermenschlichen Anstrengungen durch Eis, Schnee und Kälte 50 Meilen zurücklegte; die Forscher kamen dabei vom frühen Morgen bis zum späten Abend aus dem Schneeschuh nicht heraus. Auch der englische Südpolforscher Scott benutzte bei seiner Südpolexpedition im Jahre 1910 mit seinen Gefährten Schneeschuhe, um ein Gebiet von 1500 Kilometern im Polareis zu bewältigen.

Diese geschichtlichen Feststellungen beweisen, welche unschätzbaren Dienste die Schneeschuhe den Menschen zum gegen von Wissenschaft und Sportpflege geleistet haben.

Ein Jahr der Vertiefung. Die „Freie Sportwoche“ bemerkt in ihrem Rückblick auf das vergangene Jahr: „Es war ein Jahr der inneren Vertiefung, die ja in unserem Bunde nach der rasend schnellen Aufschwemmung der Nachkriegszeit brennend notwendig war. Es war hauptsächlich die Arbeit der Bundesämter und ihrer Filialen, die während in technischer auch in geistiger Beziehung reiche Früchte zu ernten ausgehtret hat. Dazu die rege Arbeit der Kreisämter, die Kurulschrittskraft der Aufsichten im Reiche selbst und unzählige Vorträge der fähigen Genossen gerechnet werden wohl unsere Behauptung von der inneren Vertiefung des Bundes.“

Staat und Sport in Finnland. Im Jahre 1927 waren in das Budget des finnischen Staatshaushaltes 800.000 finnische Mark (640.000 K) für Sport eingestellt worden. Die Arbeitersportorganisation, der Zuf, erhielt davon 250.000, die bürgerlichen Sportverbände 525.000, der Rest blieb besonderen Verwendungszwecken vorbehalten. In der staatlichen Sportkommission, die über die Verteilung entschied, war ein Arbeitersportvertreter natürlich in hoffnungsloser Minderheit. Bei der Verteilung bekamen die einzelnen Sportverbände der bürgerlichen Sportverbände unerbittlich mehr als der einheitliche, geschlossene Arbeitersportverband, der zudem an Mitgliederzahl stärker ist. Für das neue Jahr ist eine Summe noch nicht eingeseht, der Arbeitersportverband bemüht sich aber jetzt schon, eine gerechtere Verteilung zu erreichen.

Die sozialistische Erziehung in der tschechischen Arbeiter-Turnbewegung. Nach der letzten Statistik weist die sozialistische Erziehungsbewegung in den tschechischen Arbeiter-Turnvereinen im Jahre 1926 insgesamt 3243 Diskussionsabende, 2422 Vorträge und 9757 Ansprachen in der Turnhalle aus. Weiter wurden 2360 Theateraufführungen für Erwachsene, 430 für Kinder veranstaltet, daneben 571 Marionettentheater, 804 Abendveranstaltungen mit unterhaltenem und beschreibendem Programm, 224 gefällige Zusammenkünfte der Junartnerschaft, 508 Kinderunterhaltungen, 963 belehrende Exkursionen, 542 Elternversammlungen, im ganzen 21.824 verschiedene

Selbstredend ist der Hintergrund der ganzen Sache ein sozialer. Es enthielt sich wieder so ein Bild dieser Großstadtkindern, Kolportage und ähnliche Berufe, die ja zu allen möglichen Trieb ihre Zucht nehmen müssen, um Werke von der Bedeutung der vorliegenden „Historie des Regiments Protokoll der Große“ überhaupt zu Geld machen zu können. Unter den Geschädigten befand sich auch Herr Salda, der Direktor von „Melantrich“, der unlängst wegen einer Kleinigkeit von ein paar Kronen mehr bei Gerichte war. — Daß die Gesandtschaften der fremden Staaten ihre Erfahrungen bei uns im Laufe der Zeit allmählich sammeln werden, kann man sich denken, auch wenn die „Historie des Regiments Protokoll der Große“ nicht zu Ihrer Kenntnis gelangen sollte.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Vereinigung sozialistischer Studenten. Genosse B. Lina spricht Freitag, den 10. Feber um halb 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter über „Die nationalen Verhältnisse in der Schweiz und Belgien“. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Bereinsnachrichten.

Der Faschingsball des Klubs deutscher Buchdrucker in Prag findet am 18. Feber (Faschingsmontag) im großen Feine-Saal statt. Gäste willkommen. Von Maskenzwang. Eintritt 15 K einschließlich Steuer.

Bildungsaktionen. Auf einen Verein entfallen durchschnittlich im Jahre 22 Veranstaltungen. Die Mitgliederbüchereien hatten im ganzen 55.982 Bände, 60.145 Bände wurden ausgeliehen. Die Büchereien der Borturnerschaften haben 10.737 Bände, 13.012 Bände wurden ausgeliehen. Von den Erziehern der Vereine waren 607 Arbeiter, 97 Lehrer, 112 Beamte, der Rest ist auf verschiedene Berufe verteilt. Eine eigene Bühne für Theateraufführungen hatten 376 Vereine, Marionettentheater 98. Von der Gesamtzahl der Mitglieder der D.T.Z. sind 28.795 Konfessionslose, Abstinenzen haben sich 7890 gemeldet.

Sind Arbeiter-Sportlehrer Amateure? Die Amateurauffassung der Wiener Sportinternationale besagt, daß Sportlehrer der Arbeiter-Turn- und Sportvereine als Amateure zu gelten haben, Hiergegen nimmt der Wiener „Amateurfußball“ Stellung: „Es heiße dem Mißbrauch Tür und Tor öffnen, wenn bezahlte Fußballlehrer als Amateure gelten würden“, schreibt Felix Diener in diesem offiziellen Organ der Amateurfußballvereine Oesterreich und weist auf einen Beschluß hin, den der technische Ausschuß des A.S.F. gefaßt hat und der auf der internationalen Technikerkonferenz in Leipzig von österreichischer Seite vertreten werden wird: „Der Arbeitersport steht auf dem Boden des Amateursports. Professionale können wohl Mitglieder in unserer Organisation sein, dürfen aber bei Wettkämpfen oder Meisterschaften in der Sparte, in der sie berufsmäßig tätig sind, nicht vertreten sein.“

Länderwettkampf Lettland-Deutschland. Ein leichtathletischer Länderwettkampf zwischen Lettland und Deutschland ist für den 2. September in Preßlau vorgesehen. Der erste Wettkampf zwischen beiden Ländern wurde 1926 in Riga von den Letten gewonnen. Die Aussichten des diesjährigen Wettbewerbs werden für die deutsche Mannschaft als sehr günstig angesehen.

Der Arbeiter-Tennis-Sport auch in Schloß. Der Arbeiter-Tennis-Sport hat nunmehr auch in Schloß seinen Einzug gehalten. In Preßlau wurde eine „Freie Tennis-Vereinigung Preßlau“ gegründet, die dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossen werden wird. Ein starker Zustrom ist zu verzeichnen.

210.000 Arbeiter-Redakteure. Einen bedeutenden Aufschwung in seiner Mitgliederzahl hat der Arbeiter-Redaktorenbund in Deutschland zu verzeichnen. Während der Bund Ende 1926 190.000 Mitglieder zählte, betrug die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1927 bereits 210.000.

Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß. Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Boh. u. Teleg. Anstalt in Prag Nr. 127 451/VIII/27 am 14. Mai 1927 dem. Hgt.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Bollsbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**

Hühneraugen
Hornhaut besetzt in einigen Tagen nur **VITEK'S „Anticornein“**
Eine Flasche K 6.— Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Allein echt von **Fr. Vitek & Co., Prag II, Vodickova 33.**